

Ein Blick zurück und nach vorn

Am 14. Oktober nutzten die Delegierten der Rostocker LINKEN den Kreisparteitag zur Auswertung der Bundestagswahl. Wenke Brüdgam und Torsten Koplín stellten sich als Kandidaten für den Landesvorsitz vor.

Im November wird der Landesvorstand neu gewählt. Bis Redaktionsschluss lagen drei Kandidaturen für die Doppelspitze vor: Wenke Brüdgam, Torsten Koplín und Horst Krumpen. Während Horst aus Termingründen nicht nach Rostock kommen konnte, nutzten Wenke und Torsten die Gelegenheit, ihre gemeinsame Kandidatur ausführlich zu begründen.

Wenke pries die Vorteile einer Doppelspitze: Man könne Verantwortung auf mehrere Schultern verteilen, mit vier Augen auf ein Thema schauen. Fünf Schwerpunkte für ihre und Torsten Koplíns künftige Arbeit strich Wenke heraus: DIE LINKE soll als Partei wahrnehmbarer werden, nicht als Konkurrenz zur Landtagsfraktion, sondern als Ergänzung. Neue Themen sollen gesetzt werden anstatt immer nur auf die politischen Kontrahenten zu reagieren. Alltagsprobleme könnten mit dem Aspekt „soziale Gerechtigkeit“ verbunden werden. Die einzelnen Mitglieder des Landes-

vorstandes sollen ein eigenes Profil entwickeln. Neue Partner in der Gesellschaft sollen gewonnen, die Verankerung in Vereinen und Verbänden wieder gestärkt werden. Man müsse die Menschen dort erreichen, wo sie sind, forderte Wenke. Den innerparteilichen Frieden will Wenke Brüdgam durch die bessere Einbezie-



hung abgeschnittener Regionalverbände fördern. In der Parteiarbeit möchte sie neue Wege ausprobieren, Straßenfeste und Sportveranstaltungen (auch für Genoss*innen) anbieten. In der Partei will sie politische Debatten über Themen för-

dern und führte als Beispiel die Debatte über die 24h-Kita an, die im Landtagswahlkampf Gräben aufriss. Der Jugendverband wird unter einer Landesvorsitzenden Wenke bestmögliche Rahmenbedingungen für seine Arbeit bekommen.

Torsten Koplín warb in seiner Vorstellung für eine stringente sozialistische Ausrichtung des Landesverbandes. Man müsse den Menschen immer wieder vor Augen halten, dass die politischen Verhältnisse ein Abbild der wirtschaftlichen Verhältnisse seien. Mehr denn je bedürfe es einer sozialistischen Partei. Klare Standpunkte der LINKE forderte er ein, z.B. in der Friedenspolitik. Genossen, die für die Produktion von Kriegsgerät einträten (wie im Falle der Wolgaster Werft), gehörten nicht in unsere Partei! Es gebe Situationen, so Torsten, in denen könne man einfach nur Nein sagen, auch wenn man nicht sofort eine Alternative zur Hand habe. Auch Torsten forderte ein schärferes Profil des Landesvorstandes, dessen Aufgabe es sei, Grundsätzliches deutlich zu machen. Dafür ist Torsten sicher der Richtige.

Fortsetzung auf S. 3



In Rostock traf man sich zum Kreisparteitag und begrüßte liebe Gäste
Mehr dazu auf den Seiten 1 und 3



Die Bundestagswahl ist gelaufen. Zeit für eine ausführliche Analyse
Mehr dazu auf den Seiten 5-7



Migranten helfen Migranten. Ein Bericht aus Lütten Klein
Mehr dazu auf Seite 14

In dieser Ausgabe

Seite 2: AG Senioren
Seite 3: Kreisparteitag
Seite 4: Offener Brief
Seite 5-7: Bundestagswahl
Seite 8: Meinungen
Seite 9: Campustag
Seite 10: Die AfD im Landtag

Seite 11: Bilanz Schwesig
Seite 11: Deutsche Einheit (?)
Seite 12: Reise nach Dänemark
Seite 13: Rotfeder
Seite 14: Che Guevara
Seite 14: Flüchtlingshilfe
Seite 16: Aus dem Landtag

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

In dieser Ausgabe könnt Ihr eine längere Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahl lesen, ergänzt um meinen persönlichen Eindruck von den Scharmützeln an unserer Partei- und Fraktionsspitze.

Ich habe natürlich mitbekommen, wie groß der Ärger vieler Genossen über die Vorgänge in Berlin ist. Macht Eurem Unmut Luft! Hier im Klartext, in Euer BO, in Briefen

nach Berlin ... Aber zieht bitte nicht die Konsequenz, unsere Partei zu verlassen. Das ist nun auch in Rostock passiert, aber das kann ja nicht die Lösung sein. Manchmal ist ein reinigendes Gewitter ganz nützlich, um dann mit voller Kraft die anstehenden Aufgaben anzupacken. Hoffen wir, dass es gelingt!

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



Insekten sind notwendiger Bestandteil unserer Umwelt, nicht nur als Nahrung, auch zur Bestäubung von Pflanzen. Mittlerweile ist nachgewiesen, dass der Anteil an Insekten seit 1989 massiv zurückgegangen ist. Sterben die Insekten, sterben in der Folge auch andere Arten. Besonders dramatisch ist dies bei den Bienen, die unter dem Einsatz von Neonicotiniden in der Landwirtschaft leiden. Aber auch Monokulturen und Glyphosat tragen dazu bei. Wollen wir unsere Artenvielfalt und in letzter Konsequenz unsere Lebensgrundlagen erhalten, wären erste Schritte das Verbot von Neonicotiniden und Glyphosat, grundlegend jedoch die Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren.

KLARTEXT online

V-Leute-System endlich abschaffen

Es ist ein ungeheuerlicher Verdacht. Ein V-Mann des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts soll laut Medienberichten gewaltbereite Islamisten, darunter auch den späteren Attentäter vom Berliner Weihnachtsmarkt Anis Amri, zu Terroranschlägen in Deutschland ermuntert oder gar aufgefordert haben.

Von André Hahn, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium für die Geheimdienste

Der ohnehin schreckliche Anschlag vom Dezember vergangenen Jahres erhält – wenn die Medienberichte zutreffen – nochmal eine völlig neue Dimension. Die im Raum stehenden Vorwürfe sind ungeheuerlich und müssen umfassend aufgeklärt werden, politisch wie auch strafrechtlich. Politisch sind vor allem vor allem die jetzige und die vorherige Landesregierung in NRW gefordert, endlich aus der Deckung herauszukommen und alle ihr bekannten Informationen zu der dubiosen V-Person offen zu legen, nicht zuletzt gegenüber

dem im dortigen Landtag tätigen Untersuchungsausschuss.

Aber auch auf Bundesebene müssen Konsequenzen gezogen werden. Der neue Fall zeigt einmal mehr, dass das seit langem umstrittene V-Leute-System endlich abgeschafft werden muss. Es bringt nicht mehr Sicherheit, sondern gefährdet im Zweifelsfall sogar Leib und Leben von Menschen. Nachdem die Große Koalition in der nun ablaufenden Wahlperiode sogar Straftaten von V-Leuten des Verfassungsschutzes ausdrücklich legitimiert hat, stellt sich nunmehr die Frage, ob es überhaupt irgendwelche roten Linien für bezahlte Spitzel gibt und falls ja, wer deren Einhaltung denn überhaupt kontrolliert beziehungsweise kontrollieren kann.

Zudem drängt sich die Frage auf: Was wusste die Bundesregierung, was wusste Innenminister De Maizière von den nun in Rede stehenden Vorgängen?

Was die strafrechtliche Seite anbelangt, so teile ich ausdrücklich die Position meiner Kollegin Martina Renner, dass hier dringend die Staatsanwaltschaft tätig werden muss. Wer zu Gewalt, Terror und im Zweifel zu Mordtaten aufruft, ist ein Fall für die Justiz und muss entsprechend hart bestraft werden. Wer hier Quellen- oder Informantenschutz vor Strafverfolgung stellen will, hat den Ernst der Lage nicht begriffen.

Rostocker Senioren-Arbeitsgemeinschaft lädt zur Mitarbeit ein

Die Beteiligung am Bundestagswahlkampf ist auch für die Arbeitsgemeinschaft Senioren Rostock schon Geschichte. Mit ihrem Erfahrungswissen nahmen die Mitglieder der AG, von denen einige auch in Reutershagen beheimatet sind, in den verschiedenen Wahlkampf-Aktionen Anteil, um zu helfen, die Standpunkte der LINKEN aus erster Hand zu vermitteln.

Die Themen-Schwerpunkte haben sich seitdem nicht verändert. Für Senioren sind natürlich Fragen zur Pflege, zur Gesundheitsversorgung, zum bezahlbaren Wohnen im Alter oder zur Alterssicherung besonders interessant. Im vergangenen Sommer erarbeitete die Arbeitsgemeinschaft z.B. ein Faltblatt zur Rentenkonzeption der LINKEN, das im Wahlkampf Verbreitung fand und auch weiterhin als Gesprächsgrundlage dient; betrifft das Renten-Problem doch alle Generationen. Junge müssen wissen, dass sie in ihrem späteren Alter Solidarität der Gesellschaft erwarten können. DIE LINKE hat ein durchgerechnetes Konzept zur notwendigen Stärkung der gesetzlichen Rente (GRV) vorgelegt.

Auch nach der Wahl bleibt für DIE LINKE das Ziel einer Gesellschaft der Solidarität zwischen Starken und Schwachen, in der alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben müssen. Die AG Senioren arbeitet dazu auch mit anderen politischen Kräften, Gewerkschaften und Sozialverbänden zusammen.

Wer selbst entsprechend seinen Möglichkeiten dafür Etwas tun möchte, ist bei der Arbeitsgemeinschaft Senioren Rostock herzlich willkommen, unabhängig von Altersgrenzen, Partei- oder Konfessionszugehörigkeit.

Klaus Röber (AG Senioren im Kreisverband DIE LINKE Hansestadt Rostock)



Kreisparteitag in Rostock

Fortsetzung von S. 1

Sodann ging es um die Auswertung der Bundestagswahl. Eva-Maria Kröger machte in ihrer Einführung deutlich, dass wir in der Gesellschaft einen Rechtsruck erleben. Zwar sei DIE LINKE immer noch Protestpartei, binde jetzt aber nur noch die progressiven Protestwähler an sich. In dem Kulturkampf, den wir nun erleben würden, müsse unsere Partei ein progressives, offenes und bewusst internationalistisches Identitätsangebot machen. Ein rhetorisches Entgegenkommen gegenüber den Rechten sei für DIE LINKE keine Alternative, so Eva. Christian Albrecht forderte in seinem Beitrag, sich nicht immer an der AfD abzuarbeiten, das würde ihr nur nutzen. LINKE und Grüne seien mit ihrer klaren Haltung zu den Flüchtlingen stabil geblieben. Sandro Smolka forderte, DIE LINKE müsse, auch in ihrem Programm, mehr die Sprache der Menschen sprechen. Steffen Bockhahn warnte vor einem verbalradikalen Auftreten, das zwar in der Partei gut ankomme, aber bei den Bürgern eher weniger. Klaus Röber informierte die Delegierten über eigene Aktivitäten der AG Seniorenpolitik im Wahlkampf, in dem ein Renten-Flyer erarbeitet und verteilt wurde.



Gespannte Aufmerksamkeit im Plenum



Christian Albrecht und Regine Lück

Es wurde auch Kritik am Wahlkampf der LINKEN laut. Aus Dierkow gab es Kritik an der Organisation des Wahlkampfes, auf die der Kreisgeschäftsführer Andreas Reinke souverän reagierte. Fehlendes Profil wurde der Partei vorgeworfen. Holger Möller kritisierte, dass die Friedenspolitik in Wahlprogramm und Kampagne nicht an erster Stelle gestanden habe. Er sprach auch von einer Russlandphobie aus Unwissenheit und Diskussionsunwillen in unserer Partei, wir hätten keinen klaren Standpunkt zu den Konflikten in der Ukraine und in Syrien. Damit habe man viele Wähler vertrieben. In der Debatte wurde zudem der Vorwurf geäußert, DIE LINKE werde zu stark als Partei des Establishments wahrgenommen. Im Westen sei das anders, meinte René Henze.

Schließlich wählten die Delegierten noch unsere Mitglieder des Landesausschusses (Elke Friedl, Nurgül Senli, Kay Kröger, Carsten Penzlin) sowie die Delegierten zum Bundesparteitag (Margitta Donner, Eva Kröger, Angela Pfefferkorn, Christian Albrecht, Hans-Jürgen Donner, Sandro Smolka).

Text: Carsten Penzlin; Fotos: Eva-Maria Kröger/Karsten Kolbe

Wir trauern um zwei liebe Genossen

Unser Stadtteilverband Lütten Klein hat in kurzem Zeitabstand zwei wertvolle Genossen verloren, die eine große Lücke hinterlassen werden. Karl-Ludwig Spengler verstarb am 25. September 2017 nach schwerer Krankheit und Fritz Hildebrand plötzlich und unerwartet am 18. Oktober 2017.

Beide Genossen haben viele Jahre ihre ganze Kraft für unsere Partei DIE LINKE (von der SED über die PDS) eingesetzt. Gerade im abgelaufenen Wahlkampf konnten wir uns stets auf sie verlassen. Sie haben Wahlmaterialien verteilt, halfen an den Info-Ständen und nutzten viele Gelegenheiten, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen und sie von der Politik der LINKEN zu überzeugen.

Genosse Hildebrand leitete viele Jahre eine BO in Lütten Klein. Die Beratungen des Stadtteilaktivs bereicherte er oft mit seinen Ideen, aber auch mit

seinem feinen Humor.

Es gab keine Versammlung, in der Karl-Ludwig Spengler und Fritz Hildebrand nicht ihre Meinungen oder kritischen Standpunkte äußerten. Hoch ist ihnen anzurechnen, dass sie auch die neuen Medien nutzten, um wichtige Informationen zu bekommen und sie an andere Genossen des Stadtteilverbandes weiterzuleiten.

Karl-Ludwig war durchaus streitbar und immer von der Sorge getrieben, wir als Partei könnten nicht genug Verbindung zu den Menschen haben, um ihre Probleme und Ängste besser zu verstehen und ihnen Mut zu machen

Monatlich nahm Genosse Spengler an den Ortsbeiratssitzungen teil, um über die Vorgänge in Lütten Klein im Bilde zu sein. Auch hier stellte er kritische Fragen und forderte



Karl-Ludwig Spengler, hier mit Dorothee Barndt aus Lütten Klein, deren Veranstaltungen er gerne unterstützte

Antworten ein. Besondere Verdienste hat sich Karl-Ludwig Spengler aber in seiner langjährigen Tätigkeit als Vorsitzender der Senioren-AG erworben. Es gibt wohl keine Genossin und keinen Genossen in unserem Kreisverband Rostock Stadt, der nicht zu einer Nachfeier anlässlich eines runden oder halbrunden Geburtstages von der Senioren-AG eingeladen wurde. Liebevoll wurden wir dort von dem Ehepaar Spengler mit Sekt, Kaffee und Kuchen verwöhnt und hatten Gelegenheit, uns über unser Leben und Wirken in der Partei auszutauschen.

Eine enge Verbindung hatte Genosse Spengler auch zum Kreisvorstand aufgebaut.

Beide Genossen halfen, wie es ihre Kräfte zuließen, und versuchten auch an allen Veranstaltungen, Kundgebungen mit Spitzenkandidaten oder Aktionen des Kreisvorstandes teilzunehmen.

Wir werden Genossen Spengler und Genossen Hildebrand in ehrenvoller Erinnerung behalten.

Der Vorstand des Stadtteilverbandes Lütten Klein

Offener Brief der Kandidat*innen für den Landesvorsitz Wenke Brüdgam & Torsten Koplín

Wir wollen 2018 zum Jahr der linken Kommunalpolitik machen!

Engagement vor Ort ist der Puls, der uns antreibt und trägt. Nachdem der Landtag im Dezember 2017 voraussichtlich die Neufassung des Finanzausgleichgesetzes – also des Gesetzes, in dem die Finanzausstattung der Kommunen geregelt ist – beschließen wird, werden sich die Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden in M-V verändern. Wie reagiert DIE LINKE darauf? Was leiten wir für unser Handeln ab?

Wir werden dem neuen Landesvorstand vorschlagen, im Januar zu einer Klausurtagung zusammen zu kommen und noch im ersten Quartal 2018 einen Landesparteitag in mehreren Arbeitsgruppen zu gestalten, der sich u.a. zu den Auswirkungen des Finanzausgleichgesetzes, den kommunalpolitischen Leitlinien, der Gewinnung von KandidatInnen zur Kommunalwahl 2019 und praktischen Wahlkampfformen widmet. Gleichzeitig wollen wir einen Startschuss zu den Bürgermeister- und Landratswahlkämpfen 2018 setzen – immerhin werden in 4 Landkreisen und mehreren Städten die Spitzenposten neu vergeben und wir als LINKE sollten hier entsprechende Angebote an die Wählerinnen und Wähler im ganzen Land unterbreiten. Hierzu ist auch eine weiterführende und vor allem tiefgreifende Analyse der letzten Wahlen unerlässlich. Auch dies wollen wir weiter vorantreiben und entsprechende Ableitungen vornehmen.

In einem gemeinsamen Diskussionsprozess wollen wir dann bis zum Herbst 2018 die kommunalpolitischen Leitlinien zur Kommunalwahl 2019 qualifizieren und be-

schließen.

Ein starker Vorstand muss ein Team sein.

Natürlich schaffen wir beide unsere Vorhaben nicht allein! Mit Blick auf die uns bisher bekannten Kandidaturen für den Landesvorstand, freuen wir uns, dass mit Dirk Bruhn ein erfahrenes Landesvorstandmitglied bereit ist, mehr Verantwortung zu übernehmen und als stellv. Vorsitzender



anzutreten. Seit Jahren ist Dirk kommunalpolitisch als ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Siedenbrünzow aktiv und gestaltet linke Kommunalpolitik Tag für Tag.

Darüber hinaus haben mit Eva-Maria Kröger, Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion in der Hansestadt Rostock, Waltraud Brauer, Vorsitzende der linken Stadtfraktion in Neustrelitz, und Thomas Möller, hauptamtlicher Bürgermeister unserer Partei in Hagenow, drei weitere ausgewiesene Kommunalexperten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im neuen Landesvorstand erklärt.

Haltung zu bewahren, sich konsequent rechtsextremen Gedanken und Akteuren entgegen zu stellen, auch das war und bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben. Nach dem Einzug der AfD in den Landtag M-V und in den Bundestag ist es aus unserer Sicht umso notwendiger geworden, entschieden gegen das Erstarken der neuen Nazis aufzutreten. Viele von Euch tun dies schon seit Jahrzehnten. Mit Nico Burmeister, dem Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen, kandidiert auch ein aktiver junger Mann für den Vorstand, über dessen Sachverstand und Engagement wir uns freuen. Weitere, bereits aktive Landesvorstandsmitglieder haben angekündigt, erneut zu kandidieren, neue und tatendurstige Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind in Aussicht. Das ist gut und wichtig für einen starken Landesvorstand.

Liebe Genossinnen und Genossen, unser Landesverband steht vor großen Herausforderungen: den Verlust von Wählerstimmen, schwächer werdenden Strukturen im ländlichen Raum und einer Gesellschaft mit zunehmenden Modernisierungsängsten.

Gemeinsam mit Euch möchten wir Antworten entwickeln und die dafür notwendige Schritte gehen.

DIE LINKE in M-V hat Lust auf Zukunft!

Wir zählen auf Euch und Eure Unterstützung.

Mit optimistischen Grüßen

Wenke & Torsten

18.10.2017

Kindern helfen, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen

Zu den Ergebnissen der aktuellen Bertelsmann-Studie, wonach es u.a. armen Kindern kaum gelingt, aus den Verhältnissen auszubrechen, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jacqueline Bernhardt:

„In Deutschland lebt jedes fünfte Kind in Armut, in M-V sogar jedes dritte. Diesen Kindern gelingt es kaum, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Wer in Armut aufwächst, dem haftet sie meist ein Leben lang an. Die Entbehrungen und eingeschränkten Möglichkeiten der Teilhabe, so die Forscher in der Langzeitstudie, prägen das Verhalten und Entschei-

dungen ein Leben lang. Es entwickelt sich eine ‚Unterschichts-Mentalität‘. Den betroffenen Kindern kann nur durch ein ganzes Bündel an Maßnahmen geholfen werden, damit ihnen nicht zeitlebens die Armut wie Pech anhaftet. Die neue Bundesregierung, aber auch die Landesregierung von SPD und CDU in M-V müssen endlich wirksame familien-, bildungs-, gesundheits- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut ergreifen. Alle Ressorts müssen dabei abgestimmt und bestmöglich zusammenwirken.

Gute Arbeit und gute Löhne jenseits des grassierenden Niedriglohn- und prekären Sektors sind grundlegende Voraussetzun-

gen, die Lage zu verbessern. Kinder und Jugendliche brauchen eine eigenständige

Grundsicherung statt Hartz IV, das hinten und vorne nicht für eine chancengleiche Teilhabe reicht. Die Landesregierung muss stärker in die frühkindliche Bildung, die Kinder- und Jugendhilfe, die Jugend- und Schulsozialarbeit investieren, um materiell benachteiligte Kinder und Jugendliche zu begleiten und zu fördern. Wir fordern zudem eine Kinderkarte im Wert von 50 Euro, um jedem Kind selbstbestimmt

und unabhängig vom Elterneinkommen die Teilhabe an Kultur, Sport, Freizeit und Bildungsangeboten zu ermöglichen.“



Bundestagswahl 2017 - Eine Analyse

Nach der Landtagswahl 2016 quälte uns die Frage: Was haben wir im Wahlkampf falsch gemacht? Nach der Bundestagswahl ist der Eindruck ein anderer: An den Infoständen und bei anderen Gelegenheiten haben unsere Wahlkämpfer viel Zuspruch erfahren. Die Wahlkampagne war gut, wir zogen mit großer Geschlossenheit und einem klaren inhaltlichen Profil in den Wahlkampf, sogar die Plakate waren gut. Dafür spricht auch, dass sich 77 % der Wähler aus inhaltlichen Gründen für uns entscheiden haben, deutlich mehr als früher.

Es war richtig, den Fokus auf soziale Gerechtigkeit zu legen, hier konnten wir den Kompetenzvorsprung der SPD weiter reduzieren. Das Thema Frieden bzw. Bekämpfung der Fluchtursachen spielte im Wahlkampf und in der Kampagne der LINKEN keine große Rolle. Das sorgte schon vor dem Wahlkampf für innerparteiliche Kritik, aber die Schwerpunktsetzung des Parteivorstandes fußte auf der Erkenntnis, dass derzeit außenpolitische Fragen die Menschen kaum beschäftigen und schon gar nicht wahlentscheidend sind. Das mag überraschen angesichts der „Flüchtlingskrise“, aber die meisten Bürger sehen nur, dass die Flüchtlinge zu uns kommen, **warum** sie kommen, ist ihnen wenig bewusst bzw. wird von ihnen verdrängt. DIE LINKE hat sich seit zwei Jahren die Bekämpfung der Fluchtursachen auf ihre Fahnen geschrieben, bislang ohne großen Erfolg.

Kommen wir zu den Ergebnissen. Eigentlich haben wir alle unsere Wahlziele verfehlt: kein Direktmandat für Dietmar Bartsch, keine 20 % in M-V, keine 10 % bundesweit, hinter der AfD geblieben, Oppositionsführerschaft verloren. Warum hört man trotzdem von LINKEN-Funktionären, dass unser Ergebnis ein Erfolg sei? DIE LINKE gewann leicht hinzu: Die 9,2 % sind 0,6 Prozentpunkte und ca. eine halbe Million Wähler mehr als 2013 – nicht selbstverständlich angesichts der Konkurrenz durch die AfD und der gesellschaftlichen Erschütterung im Zuge der „Flüchtlingskrise“. Wir fuhren das zweitbeste Ergebnis der Parteigeschichte ein.

Dies haben wir Westdeutschland zu verdanken. Ein paar Belege: In Hamburg stieg unser Stimmenanteil von 8,8 auf 12,2 %, in Bayern von 3,8 auf 6,1 %. Das beste Ergebnis im Westen erzielte die Linkspartei mit 13,5 % in Bremen. In Ostdeutschland

(17,1 %), setzte sich der Abwärtstrend fort (am schlimmsten in Thüringen, wo wir den Regierungschef stellen), in M-V weniger als in den anderen ostdeutschen Flächenländern (17,8 %, -3,7 %). In Berlin gelang „trotz“ Regierungsbeteiligung eine leichte Steigerung auf 18,8 % (vor allem dank der Westbezirke).



Auf dem Plakatefriedhof. Foto: Phillip Bock



Ein tolles Spitzenduo für den Bundestagswahlkampf: Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, die auch weiterhin die Bundestagsfraktion anführen werden

Zum Thema Ost-West noch eine Zahl: 1998 trug der Osten rund 70 % zum Zweitstimmenergebnis der PDS bei, 2017 waren es bei der LINKEN nur noch 37,4 %; wir werden also endlich eine gesamtdeutsche Partei. Das zeigt sich auch in der Zusammensetzung der Bundestagsfraktion: Künftig wird es fünf linke Abgeordnete mehr im Bundestag geben. Die westdeutschen Abgeordneten sind recht deutlich in der Überzahl (43 von 69). Das ist eine Zäsur. Aus M-V sind auch weiterhin drei linke Abgeordnete im Bundestag vertreten (Bartsch, Blum, Kassner), aber auch nur wegen der Aufblähung des Bundestags mit Ausgleichsmandaten. In Berlin gewann DIE LINKE vier Direktmandate, dazu kommt ein Direktmandat in Leipzig.

Deutschlandweit gewann DIE LINKE 430.000 Wähler von der SPD und 270.000 aus dem Nichtwählerlager, aber auch von der CDU kamen Wähler zu uns, während

wir viele Abgänge an die FDP zu verkräften hatten. Daran zeigt sich, wie gering die Bindung vieler Bürger an eine bestimmte Partei geworden ist. Immer weniger Menschen wählen automatisch „ihre“ Partei, stattdessen muss in jedem Wahlkampf neu um Stimmen gekämpft werden. Das bekommen die großen Volksparteien CDU/CSU und SPD hart zu spüren, aber auch unsere Partei kann sich immer weniger auf „ihre“ Milieus verlassen. Bei dieser Wahl ist es uns gut gelungen, verlorene Wähler durch neue Wählergruppen zu kompensieren. Wir haben bei jüngeren Wählern und Akademikern gut zugelegt – auch das ist eine Zäsur. Von den 18-24-Jährigen wählten uns 11 % (+3), von den 25-34-Jährigen 11 % (+2). Dabei mag in M-V auch geholfen haben, dass wir seit vielen Jahren erstmals wieder einen „Jugendwahlkampf“ des Jugendverbandes hatten.

Dafür geht ein großes Lob an die Linksjugend! Viele junge Menschen entscheiden sich auch bewusst für eine Mitgliedschaft in der LINKEN, so dass wir bundesweit den Mitgliederschwund stoppen konnten.

DIE LINKE befindet sich im Umbruch, wird moderne Großstadtpartei, während wir im ländlichen Raum weiter schwächer werden. In Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern haben uns bundesweit 12,9 % gewählt. Das mit der „Großstadtpartei“ muss man aber relativieren: In den Plattenbaugebieten, ob nun in Ost-Berlin oder Rostock, haben wir massiv Stimmen verloren, wieder einmal. Bei Arbeitern und vor allem bei Arbeitslosen

mussten wir deutliche Einbußen hinnehmen, obwohl unsere Wahlkampagne auf dieses Klientel zugeschnitten war.

Warum haben wir viele Arbeiter und Arbeitslose an die AfD verloren? Darauf gibt es keine einfachen Antworten. Uns hat es sehr zu schaffen gemacht, dass das Thema soziale Gerechtigkeit im Wahlkampf eng mit dem Thema Flüchtlinge verknüpft war. Die Zukunftssorgen, die Angst vor Veränderungen und vor wachsender Kriminalität wurden mit der Flüchtlingsfrage gekoppelt, insbesondere in Teilen der Medien (BILD) und geschickt geschürt von der AfD. Die AfD versprach, die deutschen Armen vor den Migranten zu schützen, während sich DIE LINKE weigerte, beide Gruppen gegeneinander auszuspielen. Leider hatte die AfD mehr Erfolg, man muss aber ergänzen, dass DIE LINKE von Arbeitslosen immer noch überdurchschnittlich gewählt wird.

Fortsetzung auf den Seiten 6 und 7

Bundestagswahl 2017 - Fortsetzung

Fortsetzung von S. 5

Die Wahlergebnisse in Rostock hinterlassen einen zwiespältigen Eindruck. Dietmar Bartsch gelang es nicht, das Direktmandat zu holen. Im Wahlkreis 14 kam Dietmar bei der Erststimme auf 24,8 %, womit er deutlich vor den 20,7 % bei der Zweitstimme lag. Der Abstand zum Gewinner Peter Stein (CDU) war ähnlich groß wie 2013, als Steffen Bockhahn 30,7 % holte.

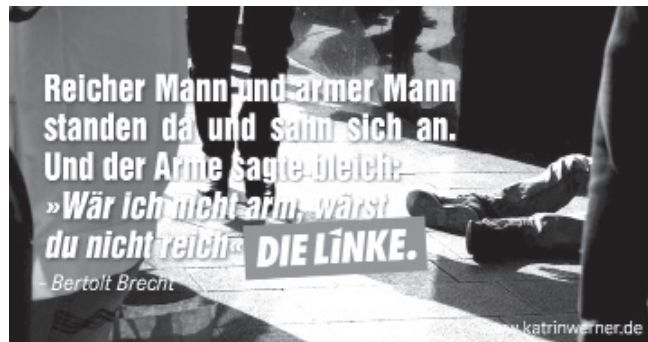
Die Verluste gegenüber 2013 fielen im Stadtgebiet Rostock geringer aus als in den allermeisten ostdeutschen Wahlkreisen. Von 24,8 % fielen wir auf 22,1 %, in absoluten Zahlen von 27.979 auf 26.688 Stimmen. Nur in einem Stadtteil, nämlich Lütten Klein, konnten wir uns vor der CDU platzieren (27:24,8 %), ansonsten lagen wir selbst in den Neubaugebieten, unseren „Hochburgen“, knapp hinter CDU. Am schwächsten schnitt DIE LINKE in Gehlsdorf mit 16 % ab. Aussagekräftig sind die Veränderungen zu 2013. In Lütten Klein fielen wir von 31,3 auf 27 %; in Evershagen von 28,3 auf 24 %; in Groß Klein von 29,5 auf 23,8 %, in Schmarl von 29,8 auf 23,3 %, in Lichtenhagen von 28,2 auf 23,3 %, in der Südstadt von 26,9 auf 23,8 %, in Toitenwinkel von 28,4 auf 22,6 %, in Dierkow von 28,9 auf 21,5 %, in Reutershagen von 26,4 auf 23 %, und in Brinckmansdorf von 21,4 auf 17 %.

Im Hansaviertel blieben wir stabil (21,5 %), zulegen konnten wir in den bevölkerungsreichsten Stadtteilen Stadtmitte (von 18,7 auf 19,7 %) und Kröpeliner-Tor-Vorstadt (von 19,9 auf 22,9 %). Damit setzte sich der Trend der Landtagswahl fort: Wir konnten dort zulegen, wo weltoffene, gut ausgebildete junge Menschen leben, die unser Engagement für soziale Gerechtigkeit und eine humane Flüchtlingspolitik wertschätzen.

Die Wahlbeteiligung ist auch in Rostock gestiegen. Die höchste Wahlbeteiligung gab es in Gartenstadt/Biestow (87,2 %), Brinckmansdorf (84,4 %), Hansaviertel (82,2 %) und Warnemünde (82,1 %). Die Neubaugebiete fallen dagegen deutlich ab (Toitenwinkel 58,7 %) – ein deutlicher Beleg für den Zusammenhang zwischen sozialem Status und Wahlbeteiligung.

Kommen wir nun zur AfD. Wir sollen uns nicht so viel an der AfD abarbeiten, hört man nun oft. Als wenn es so einfach wäre, schließlich haben wir bundesweit ca. 430.000 Wähler an diese neue Partei verloren. Relativ gesehen hat DIE LINKE am stärksten an die AfD verloren; sie hat uns im Osten den 2. Platz streitig gemacht. Sie profitierte stark von den sozialen Netz-

werken im Internet, wo sie sich eine eigene Öffentlichkeit geschaffen hat, von der Fernsehpräsenz, aber auch von der BILD-Zeitung, die mit ihren Schlagzeilen und ihrer Stimmungsmache den Rechtsruck in der Gesellschaft verschärfte.



In Rostock war die AfD überraschend stark, sie gewann sogar einige Stimmbezirke. 20,5 % in Toitenwinkel, 20,1 % in Schmarl, 19,8 % in Groß Klein – das sind die besten Ergebnisse für die AfD. Am schlechtesten schnitt sie mit 7,8 % in der KTV ab. Nur in Gehlsdorf landete die AfD vor der LINKEN. Wo sind die Gründe für das starke Abschneiden zu suchen? Vielleicht in den Problemen mit ausländischen Jugendlichen, die in den Medien stark herausgestellt wurden? Vielleicht in bestimmten Vorfällen im Wahlkampf (AfD-

Wahlkämpfer wurden mit Steinen beworfen), die es der Partei leicht machten, sich als Opfer zu inszenieren? Wo auch immer die Gründe zu finden sind: Dass die AfD trotz der Enthüllungen über Holger Arppe so stark abschnitt, ist ein Armutszeugnis für diese Stadt.

Die AfD hat das Erbe der NPD angetreten, sie ist überall dort am stärksten, wo schon die NPD ihre Hochburgen hatte. Sie hat dieses vorhandene Potential sehr erfolgreich ausgeschöpft, und war gleichzeitig auch für bürgerliche Wähler interessant, da die AfD sehr heterogen ist. Von Rechtsextremisten bis bürgerlichen Konservativen ist dort (noch) alles vertreten. Laut Umfragen wird die AfD im Wesentlichen als Protestpartei gewählt. Dabei geht es um die Flüchtlinge, aber im Osten ist es auch der Protest gegen das demokratische System. Viele haben seit 1990 nur Enttäuschungen erlebt, fühlen sich fremd im eigenen Land, gar nicht unbedingt wegen der Flüchtlinge, haben aber auch eine diffuse Angst vor den Veränderungen, die die Flüchtlinge bewirken, nachdem man schon so viele Veränderungen durchgemacht hat.

Auf die Gründe für die Wählerwanderungen von der LINKEN zur AfD bin ich oben schon eingegangen. Alleine unsere Haltung zur Flüchtlingspolitik kann es nicht sein, schließlich haben wir schon 2013 kräftig Wähler verloren, als diese Frage noch nicht virulent war. Unbestreitbar wird DIE LINKE immer mehr als etablierte Partei wahrgenommen – eine Stimme für uns tut den Herrschenden nicht mehr weh. Haben wir deshalb in Thüringen so stark verloren? Die Alternative für uns wäre, dass wir nur auf Opposition setzen, also keine Ministerpräsidenten, Minister oder Senatoren stellen. Das würde uns aber auch nicht helfen, denn viele Wähler schätzen unser konkretes Engagement in den Kommunen. Das Abschneiden der Linkspartei in Berlin (bei der Bundestagswahl, aber auch in aktuellen Umfragen auf Landesebene) zeigt auch, dass Stimmenverluste bei Regierungsbeteiligung kein Naturgesetz sind. Man hört von LINKEN-Politikern oft, dass soziale Gründe für die AfD-Wahl ausschlaggebend wären. In Vorpommern könnte ich das verstehen, aber warum ist die AfD dann in Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen so stark? Es würde uns also auch nicht helfen, wenn wir bei unseren sozialen Forderungen einfach eine Schippe drauflegen.

Die Auseinandersetzung mit der AfD ist vor allem ein Kulturkampf. Das macht es für uns nicht einfacher, unsere Strategie

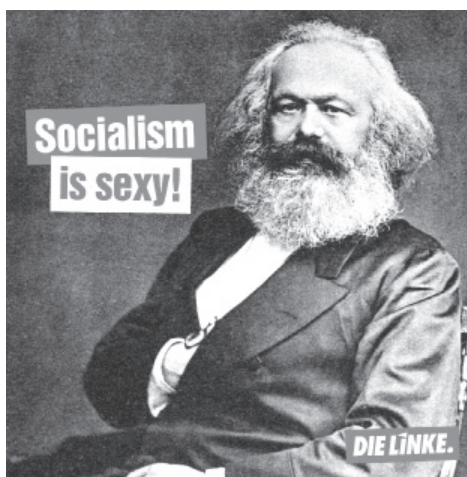
gegen die AfD zu finden. Eine Anpassung an den rechten Zeitgeist, vor allem den aufkeimenden Nationalismus, kommt für uns nicht in Frage. Mit unserer Haltung zu den Flüchtlingen haben wir ein gutes Wahlergebnis eingefahren, anders als z.B. die CDU/CSU, denen die Anbiederung an Rechts nur geschadet hat. Unser Selbstverständnis lässt sich unter der Losung „Haltung zeigen!“ gut zusammenfassen. Trotzdem müssen wir lernen, alle Andersdenkenden nicht gleich als Rassisten abzustempeln und unsere Haltung geduldiger zu erklären, auch wenn es uns der raue Ton in den Debatten schwer macht. „Refugees welcome“ ist als Parole zu dürftig. Die Wochen nach der Wahl haben nun gezeigt, dass diese Debatte unsere Partei noch lange begleiten wird. Hier muss sich jeder von uns Gedanken machen und sich ggf. in die Debatte einbringen. Wir haben ja in der Linken zwei grundsätzliche Positionen, die durchaus unterschiedlich sind: Auf der einen Seite steht die Forderung nach offenen Grenzen für alle; jeder Mensch soll entscheiden dürfen, wo er leben möchte; auch von der Überwindung nationalstaatlicher Grenzen ist die Rede. Die andere Position verteidigt das Asylrecht, will aber keine Migration aus ökonomischen Gründen; in der Flüchtlingspolitik möchte man Hilfe für die Flüchtlinge vor Ort oder nahe am Heimatort, um Migrationsströme und gefährliche Fluchtwege zu vermeiden.

Ich denke, dass beide Positionen eine Existenzberechtigung in der Linken haben sollten. Im Wahlprogramm fanden sich sehr offensive Formulierungen: offene Grenzen für alle Menschen, Bleiberecht für alle, „Fähren statt Frontex“. Ich bin mir aber nicht sicher, ob diese Positionen eine Mehrheit in der Partei haben; bei Diskussionen an der Parteibasis gibt es oft ganz andere Signale. Davon hört man z.B. auf Bundesparteitagen sehr wenig. Traut man sich nicht? Warum ist eine sachliche Debatte dazu so schwierig?

Die Angriffe gegen Sahra Wagenknecht, auch aus der eigenen Partei und außerparlamentarischen Bewegungen, werden hierzu beigetragen haben. In der Öffentlichkeit verfestigt sich zunehmend das Bild von Sahra als „rechter Linker“. Zu diesem Eindruck haben unsachliche Angriffe aus der eigenen Partei massiv beigetragen. Das heißt nicht, dass Kritik an ihren Positionen per se falsch ist, denn ihre Wortwahl (bei Oskar Lafontaine noch viel schlimmer) ist nicht immer glücklich. Aber es muss gelten, sie inhaltlich zu widerlegen, ohne sie in die rechte Ecke zu stellen, denn da gehört sie nicht hin. Mit der jetzigen Diskussions-Unkultur in der LINKEN vergrault man viele Wähler, die gerade erst zu uns gefunden hatten.

Die Auseinandersetzungen zwischen

Parteispitze (Katja Kipping und Bernd Riexinger) und Fraktionsspitze (Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch) haben viel mit diesen Fragen zu tun, soweit man das durchschauen kann. Was wir bei der Wahl der Fraktionsspitze erlebt haben,



waren notwendige Klärungsprozesse, die es in der Politik immer wieder gibt. Es war aber sehr schade, dass sie auf offener Bühne ausgetragen wurden, genüsslich aufgegriffen von den Medien und entsetzt beobachtet von vielen Genossen. Ich bin nicht optimistisch, dass jetzt ruhige Zeiten einkehren, denn der Rückhalt für Katja und Bernd ist stark geschrumpft. Das zeigen auch Reaktionen aus der Rostocker Basis, wo viele nicht verstehen, dass die Parteispitze massiv in die Personalpolitik einer sehr erfolgreich arbeitenden Fraktion eingreift. Hinzu kommen wahrgenommene Schwächen in der öffentlichen Ausstrahlung der beiden Parteivorsitzenden. Vielleicht besteht die Lösung darin, dass im kommenden Jahr eine neue Parteispitze gewählt wird, die unbelastet von den unerträglichen Grabenkämpfen ist. Wir haben tolle junge Leute in der Partei, kann man denen nicht eine Chance geben? Sie könnten das Bindeglied zu den außerparlamentarischen Linken sein, die für uns unersetzliche Bündnispartner vor allem in den Großstädten sind.

So wichtig die Arbeit in den Parlamenten ist, das Leben findet doch außerhalb statt, in den Stadtteilen, Vereinen, Verbänden. Dort ist ein wichtiges Wirkungsfeld für unsere Partei und ihre zahlreichen klugen

und engagierten Köpfe. DIE LINKE muss inhaltlich und personell breit aufgestellt bleiben, denn nur so können wir überleben. Das sollten all jene bedenken, die an einem Personenkult um Sahra Wagenknecht stricken, der einer linken Partei unwürdig ist. Sahra wurde in den letzten Monaten **das** Gesicht unserer Partei. Sie beherrscht den Umgang mit den Medien virtuos - von der Bild am Sonntag bis zum Essay über das „Kapital“ im Deutschlandfunk. Es wäre für die LINKE jedoch fatal, wenn alles auf eine Person zugeschnitten ist. Den Weg, dass aus Parteien Bewegungen werden, die auf eine einzige Persönlichkeit ausgerichtet sind (Macron in Frankreich, Kurz in Österreich, etc.), sollte DIE LINKE nicht mitgehen. Sie muss Programmpartei bleiben, mit einem klar umrissenen Ziel: demokratischer Sozialismus.

Die jetzt angebrochene Debatte, ob wir die Partei der „kleinen Leute“ bleiben oder die Grünen in den Großstädten beerben wollen, ist müßig. Wir müssen beides miteinander in Einklang bringen. Dafür haben wir auch die richtigen Leute. Entscheidend ist, das große Ziel demokratischer Sozialismus konkret greifbar zu machen und seinen Wert für den Alltag jener Menschen zu verdeutlichen, die unter dem Kapitalismus zu leiden haben. Das sind sehr viele!

Hoffen wir also, dass sich die Diskussion innerhalb der LINKEN versachlicht. Man fühlt sich manchmal schon an den Zoff in der AfD erinnert. Der AfD verzeihen ihre Anhänger diesen Stil, bei den LINKEN ist das anders.

Carsten Penzlin

Glückwunsch an ICAN zum Friedensnobelpreis Atomwaffen ächten!

Die Initiative zur Atomaren Abrüstung ICAN hat heute den Friedensnobelpreis für ihr Engagement zum Verbot von Atomwaffen erhalten. Auch in Deutschland lagen 20 US-Atombomben. Bomben schaffen keinen Frieden. Abrüstung jetzt!



Die internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung (ICAN) erhält den Friedensnobelpreis 2017. Das ist eine gute und richtige Entscheidung. Und ein wichtiges Zeichen für Frieden und Abrüstung. Noch immer boykottiert die Bundesregierung den internationalen Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen. Der Konflikt um Nordkorea oder die Drohung der USA, das Atomabkommen mit dem Iran aufzukündigen, zeigen, wie wichtig ein weltweites Verbot von Atomwaffen ist.

Stimmen zum Führungsstreit in der LINKEN

LESERBRIEF

Mit der Formierung der Fraktion Die Linke nach der Bundestagswahl fanden die unsäglichen, öffentlichen Auseinandersetzungen, bei den linken Eliten, einen weiteren Höhepunkt. Derartige Selbstzerstörung einer vielversprechenden linken Partei, die vieles erreichen könnte und dringend müsste, macht wütend: Die Attacken sind beschämend und unwürdig. Hintergrund ist ein erbitterter, beileibe nicht neuer, fundamentale Streit zwischen beiden Hauptrichtungen – halblinks und halbrechts – in unserer Partei. Einher geht das mit einem inakzeptablen Umgang miteinander und krankhafter Profilierungssucht „Führender“. Das Erfurter Parteiprogramm ist leider nur Schall und Rauch.

Die politisch Herrschenden und ihre Medien freuen sich. Leichter kann man ihnen es nicht machen.

Mit Gregor Gysi als Mediator zwischen beiden Richtungen ändert sich nicht viel, denke ich. Bis zum nächsten Krach wird nur etwas gekittet. Bedeutungslos was die Basis will, sie ist nicht gefragt. Dabei wäre sie der einzig richtige Mediator. Seit 1959 bin ich in der Partei.

Eine verlor ich, die aktuelle vernichtet sich.

Das treibt mich um.

Wilfried Schubert, Güstrow

* * *

Für eine demokratische und solidarische Kultur

Stellungnahme des Jugendverbandes Linksjugend [solid]

In die Linkspartei sind in diesem Jahr 6000 Menschen eingetreten, wovon ein Großteil unter 35 Jahre alt ist. Auch bei uns im Jugendverband merken wir, wie sich an den Fragen unserer Zeit eine ganze Generation politisiert und wie sich Viele dazu entscheiden linkspolitisch aktiv zu werden. Auf dieser erfolgreichen Mobilisierung können wir aufbauen – und wir müssen auch darauf aufbauen, denn wir brauchen unsere ganze Kraft gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft.

Wir können diese Kraft nur sein, wenn wir klar bei unseren linken Positionen bleiben: Soziale Gerechtigkeit, Antirassismus und Frieden.

Wir können diese Kraft nur sein, wenn wir eine demokratische Partei sind, in der die Mitglieder gemeinsam statt wenige im Hinterzimmer entscheiden und verfestigte Hierarchien aufgebrochen werden. Wir können diese Kraft nur sein, wenn wir

gemeinsam Politik machen und Meinungsverschiedenheiten solidarisch diskutieren – kurz wenn es bei uns Spaß macht aktiv zu sein.

Wir haben in den letzten Tagen leider gesehen, dass von einem Teil der Partei- und Fraktionsführung diese eigentlich einfachen Grundsätze nicht befolgt werden. Natürlich wird in der politischen Auseinandersetzung auch gestritten und um Positionen gerungen, aber dabei müssen wir immer bei unseren Grundfesten bleiben. Inhaltliche Debatten können nicht durch Lancierung von Unwahrheiten an die Bildzeitung oder Erpressungsbriefe vor der Fraktionsvorstandswahl ersetzt werden.

Wenn bei uns eine politische Kultur üblich wird, in der Drohungen mächtiger als Argumente und gemeinsame Ziele sind, werden uns viele wieder enttäuscht verlassen und wir werden nicht die dringend benötigte linke Kraft sein. Aber wenn wir gemeinsam den Jugendverband und die Partei zu einem Ort machen an dem wir leidenschaftlich, links und demokratisch zusammen Politik machen und Spaß haben, können wir optimistisch in die Zukunft blicken.

* * *

Sahra Wagenknecht:

Ich bin zufrieden mit den Ergebnissen unserer Klausur und freue mich über die Wiederwahl von Dietmar Bartsch und mir als Fraktionsvorsitzende. Wir sind nun gut aufgestellt und arbeitsfähig, unsere Aufgabe zu erfüllen: soziale Opposition im Bundestag sein! Nötig ist es, dass die völlig überflüssigen Grabenkämpfe nun endlich eingestellt werden und wir uns stark machen: für höhere Löhne, für gute Renten wie in Österreich, für eine angemessene Besteuerung von Superreichen, für die Bekämpfung von Armut, für eine ordentliche Arbeitslosenversicherung und für eine friedliche Außenpolitik! Dafür wurden wir gewählt und nicht dafür, interne Streitereien auszutragen.

* * *

Bernd Riexinger:

(...) Katja Kipping und ich führen DIE LINKE seit über 5 Jahren. Als wir ins Amt gekommen sind, war die Partei von internen Streitigkeiten, die oft über die Bande der Pressearbeit gespielt wurden, fast zerrissen. Wir haben in der Partei und in unserem Umfeld für solidarische Umgangsformen geworben, in denen Inhalte und Gemeinsamkeiten im Vordergrund stehen und Fair Play bei Differenzen. Das war durchaus erfolgreich.

Ich halte es für unverantwortlich, wenn Debatten, die eine Fraktionsversammlung zu entscheiden hat, vorab in die Presse geleitet werden – unmittelbar vor einer wichtigen Landtagswahl und bevor die Fraktionsmitglieder sich verständigen konnten. Und

wenn sie dann mit persönlichen Unterstellungen verbunden werden. Das hat mich auch persönlich getroffen. Die Behauptungen, die gegen mich darin erhoben wurden, sind unzutreffend. Als Gewerkschafter ist für mich ein solidarischer Umgang trotz politischer Differenzen selbstverständlich und ich führe Konflikte mit „offenem Visier“. Das heißt, ich beteilige mich nicht – und haben es nie getan – an Unterschriftensammlungen in der Partei oder schmeide Intrigen über die Medien oder in Kniepen. Wir wissen alle: wer Gegendarstellungen fordert, Gegenartikel schreibt, sorgt dafür, dass sich die Geschichten immer weiterdrehen und die Konflikte weiter angeheizt werden. Deshalb habe ich mich bisher nicht öffentlich zu den Medienberichten der letzten Zeit geäußert. Auch nicht zu dem Brief von Sahra Wagenknecht, der eine klare Grenzüberschreitung war. Wir haben in der Fraktionsklausur vereinbart, einen Schlusstrich zu ziehen. Die Zeit für solche Umgangsformen ist abgelaufen.

Bei der Klausur der Bundestagsfraktion sind wir trotz großer Schwierigkeiten dabei einen Schritt weitergekommen. Was für uns wichtig war – und was auch als Anliegen von vielen Abgeordneten geteilt und an uns herangetragen wurde – war, Gesprächsräume zu eröffnen, die nicht durch Ansagen oder Ultimaten verstellt sind. Eine neue Fraktion mit einem Drittel neuer Abgeordneter kann nicht unverändert weiter arbeiten. Wir haben mit einem Kompromiss einen kompetenten und pluraler zusammengesetzten Fraktionsvorstand auf den Weg gebracht. Von den zwei umstrittenen Anträgen zur Geschäftsordnung wurde einer zurückgezogen, einer dem Inhalt nach umgesetzt. Die Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes stärkt die außerparlamentarische und gewerkschaftliche Arbeit mit einer Beauftragten für soziale Bewegung.

Nachdem wir diesen Kompromiss erzielt haben, blicken wir jetzt nach vorne. (...)

* * *

Stellungnahme von Sahra Wagenknecht zur Flüchtlingspolitik

Mein Aufschlag zur linken Flüchtlingspolitik: Es geht nicht darum, Positionen über Bord zu werfen, sondern um ein realitätsstaugliches Konzept. Und es geht darum, sensibler mit den Ängsten von Menschen umzugehen, statt sie als „rassistisch“ zu diffamieren und damit Wähler regelrecht zu vertreiben. Dass Angela Merkels Integrationspolitik zu Lasten der weniger Wohlhabenden geht, sollte unstrittig sein. Die Konkurrenz um Sozialwohnungen und um Jobs, gerade im Niedriglohnbereich, verschärft sich, Schulen in ärmeren Wohnvierteln werden noch mehr überfor-

dert. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Begriff der Weltoffenheit für einen ehemaligen Erasmus-Studenten, dem aufgrund hoher Qualifikation und fundierter Sprachkenntnisse ein globaler Arbeitsmarkt offen steht, einen ganz anderen Klang hat als für einen Arbeitslosen, der seinen Job vielleicht gerade durch eine Betriebsverlagerung in einen Billiglohnstandort verloren hat. Oder für einen im

Niedriglohnsektor Beschäftigten, der jetzt noch mehr Konkurrenz und damit Druck auf sein Einkommen erlebt. Statt mit der Forderung „Offene Grenzen für alle“ Ängste gerade bei denen zu befördern, die seit Jahren vom Abbau des Sozialstaates und zunehmender Lebensunsicherheit betroffen sind, sollten wir uns darauf konzentrieren, das Asylrecht zu verteidigen. Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht, das

nicht immer weiter ausgehöhlt werden darf. Aber es bedeutet nicht, dass jeder, der möchte, nach Deutschland kommen und hier bleiben kann. Deshalb muss unser Schwerpunkt auf der Hilfe vor Ort und der Bekämpfung von Fluchtursachen liegen, wie unfaire Freihandelsabkommen, Interventionskriege und Waffenexporte.

CAMPUSTAG 2017

Neues Semester, neues Glück: im Oktober startete das Wintersemester 2017/2018 und wie immer fand mit dem Start des Wintersemesters auch der Campustag, eine der zentralen Veranstaltungen für uns als Jugendverband, statt. Tausende Erstsemester strömen an die Uni, haben ihre Einführungsveranstaltung und werden danach auf das Campusgelände geleitet, wo Sparkasse, Versicherungen, Gewerkschaften und gastronomische Betriebe bereits die Hände reibend darauf warten, die Fänge in diese hochmotivierten, jungen Menschen zu schlagen, für die gerade ein neuer, wichtiger Lebensabschnitt begonnen hat. Aber auch für uns als politische Hochschulgruppe ist dies eine einmalige Gelegenheit mit einer großen Zahl an jungen Menschen in Kontakt zu kommen.

Die Situation war dieses Mal aber eine besondere. Der Wahlkampf hat uns alle beschäftigt, insofern war die Vorbereitung aufgrund gebundener Kräfte dieses Mal schwieriger als sonst. Wahlkampf, zumal für den Bundestag, bedeutet aber auch immer Politisierung und so war es aufgrund der noch frischen Wahl und dem damit einhergehenden Rechtsruckes einfacher Menschen an den eigenen Stand zu locken. Hier kann ich aber stolz vermelden, dass wir die Hürden in der Vorbereitung vorbildlich gemeistert haben und trotz sehr schlechten Wetters einen großen Andrang am Stand zu befriedigen hatten und es auch konnten, während die Jugendgruppen von SPD und Grünen von weitem nur verschämt und neidisch ihre Blicke auf uns richten konnten.

Wie jedes Jahr hatten wir eintausend „Ersti-Tüten“ gepackt, die neben einer Handvoll von Druckerzeugnissen mit politischen Inhalten auch den Happy-Hour-Stundenplan enthielten, der mittlerweile in der 4. Auflage gedruckt wurde und neben dem farblich hervorgehobenen Termin unserer Linksjugend-Treffen auch nützliche Informationen enthält wann und wo der oder die chronisch unter Geldmangel leidende Studierende kostengünstig alkoholische Mischgetränke zu sich nehmen kann. Für junge Menschen, die neu in einer großen Stadt ankommen, ist dieses Wissen elementar. Neben dem obligatorischen Kugelschreiber befanden sich auch noch

eine Reihe anderer Give Aways in den Tüten, die entsprechend gerne angenommen wurden. Die tausend Tüten waren bereits zur Mittagszeit vergriffen, so dass wir ab diesem Zeitpunkt nur noch Popcorn, Zuckerwatte und Beutel verteilen konnten.

Wie jedes Jahr waren wir bemüht den Studis ein Schmankerl anzubieten, dass uns von der Konkurrenz abhebt und Menschen zu uns lockt. Vor zwei Jahren waren es noch selbstironisch beklebte Bananen. Dieses Jahr war es die Möglichkeit Jutebeutel individuell zu gestalten. Ausgerüstet mit fünf verschiedenen Schablonen, die sich der Ikonographie des linken Spektrums



bedienten, einem Dutzend Spraydosen in den Farben rot und schwarz und 600 Beuteln gingen wir ans Werk. Waren die Reaktionen am Anfang noch etwas verhalten, bildete sich recht schnell eine zu Hochzeiten 60 Meter lange Schlange. Für unsere Werkträgigen am Beutelstand bedeutete das Arbeit im Akkord (für die ich mich an dieser Stelle ausdrücklich nochmals bedanken will), aber eben auch jede Menge Spaß. Da der ganze Prozess des Druckes ein bisschen dauert, ergab sich zudem immer wieder die Möglichkeit mit den in der

Schlange stehenden etwas zu plaudern. Auch das ist nicht unwichtig. Letztlich haben wir etwa die Hälfte der Beutel an die Leute bekommen, da wir schlicht nicht schneller arbeiten konnten, aber haben festgestellt, dass sich das Format bewährt hat. Bei anderen Veranstaltungen wird es uns weiterhin gute Dienste leisten.

Natürlich geht es aber nicht nur darum Dinge zu verschenken. Es geht um einen Mehrwert, darum, für sich und die Sache zu werben. Als jemand, der jetzt schon zum 4. Mal den Campustag betreut, kann ich den Trend feststellen, dass es den jungen Leute immer leichter fällt zu uns zu kommen. Die jungen Menschen sind offen, interessiert und sie fragen auch gar nicht mehr „was wir so machen“, weil sie es mittlerweile wissen. Die LINKE hat ein Standing bei dieser Gruppe. Das hat sich ja auch bei der letzten Wahl, auch für uns in Rostock, schon in Wählerstimmen manifestiert. Die jungen Menschen werden durchaus politischer, äußern Bedenken ob der Stärke der AfD und des generellen Rechtsruckes in der Gesellschaft, interessieren sich für Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen und auch Fragen der Integration oder des Feminismus bzw. der Gleichstellung der Geschlechter haben Konjunktur.

Allerdings, und auch das zieht sich so durch die letzten Jahre, ist das Konstrukt Partei für viele noch etwas befremdlich. Die innere Hürde, die viele überwinden müssen um einer Partei beizutreten, wird nicht viel kleiner, auch wenn viele in Initiativen, der Flüchtlingshilfe oder Vereinen aktiv sind. Aber auch wenn viele immer noch nicht bereit sind, diesen Schritt zur aktiven Mitgliedschaft zu gehen, hat sich die Haltung gegenüber der Linken in den letzten 4-5 Jahren schon deutlich geändert. Zum Besseren. Auch das ist wichtig. Trotzdem bin ich der festen Überzeugung, dass weiterhin vermehrt junge, gut gebildete Menschen den Weg zu uns finden werden. Veranstaltung wie der Campustag sind als erster Kontakt dabei ungemein wichtig. Wir machen uns daher jetzt schon Gedanken, wie wir auch nächstes Jahr wieder im Ringen um die Gunst der Erstis eine gute Figur machen können.

Christian Albrecht

Kein Platz für menschenverachtende Hetze im Parlament

Ein Kommentar von Philipp Karnatz zur Debatte des Antrags der Linken, SPD und CDU im Landtag Mecklenburg-Vorpommern vom 28.09.2017

Wie würde sich die hiesige AfD-Fraktion zu den obszönen Chatprotokollen äußern, die im Juni diesen Jahres bekannt wurden? Was könne man erwarten von einer Partei, die zwar überraschend stark in die Parlamente der Länder einzog, innerparteilich aber immer weiter zerfällt?

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und CDU bot der Fraktion der AfD einiges Potential, um Farbe zu bekennen und ihre Haltung zu erklären. „Nicht rechts, sondern rechtens“, so wirbt die Bundespartei im Wahlkampf für sich. Hingegen, für die Chatprotokolle, an denen sich die Abgeordneten Arppe, Fernandes und Hersel beteiligten, gilt zweifellos das Gegenteil: Nicht rechtens, dafür aber so rechts, wie man es sich schlechterdings kaum vorstellen konnte.

Arppe schrieb:

„Wir brauchen noch ein paar ordentliche Nazis als Freiwillige“,

„Ich kann mir jetzt erklären, warum Revolutionen immer so blutig verliefen. Da muss man einfach ausrasten und erstmal ... das ganze rotgrüne Geschmeiß aufs Schafott schicken. Und dann das Fallbeil hoch und runter, dass die Schwarte kracht!“

„Wir müssen ganz friedlich und überlegt vorgehen, uns ggf. anpassen und dem Gegner Honig ums Maul schmieren aber wenn wir endlich soweit sind, dann stellen wir sie alle an die Wand.“ Für die

„widerlichen grünen Bolschewisten“ solle man eine „Grube ausheben, alle rein und Löschkalk oben rauf“.

„...wenn es hier in Deutschland gut läuft, werden wir am Ende so eine Art Apartheidsstaat haben, wie damals in Südafrika, wo die Weißen den Rest einfach nur irgendwie in Schach halten“.

Und auch Thomas de Jesus Fernandes und Sandro Hersel, die ihr Mandat weiterhin bekleiden, waren beteiligt: Hersel zum Beispiel sieht sich, zwar passiv formuliert, aber durchaus so interpretierbar, selbst als Nazi!

„Da kann man nur zum Nazi werden“, schreibt er.

Der Ausgangspunkt ist also klar: Wie viel ‚Nazi‘ steckt in der AfD und wie vehement und vor allem glaubhaft werden sich ihre Abgeordneten erklären? Man könnte denken, das Interesse sei groß, sich öffentlich-

keitswirksam zu distanzieren. Man hätte meinen können, die AfD würde ihre Redezeiten umfänglich nutzen, die Abgeordneten würden bereitwillig Auskunft erteilen, um Schaden von ihrer Fraktion und ihrer Partei abzuwenden. Wie genau will die Partei aus diesem Dilemma wieder raus kommen, fragt man sich, noch bevor es losgeht.

Im Ergebnis, folgt man diesen Gedanken, ist nach der Debatte aber ‚Ernüchterung‘ das Wort der Wahl. Prof. Dr. Weber, einziger Redner seiner Fraktion, wirkte kleinlaut und relativiert, dass sich die Balken biegen.

Man distanzieren sich von jeglicher Gewalt! Dann aber vergleicht Weber Äpfel mit Birnen, um diese gemeinsam als Obst zu verkaufen: Von Gewalt distanzieren sich seine



Partei natürlich grundsätzlich. Gleichsam sei Gewalt aber auch das Beschmieren von Häusern, das Abreißen von Wahlplakaten, das Blockieren von Demos, selbst, wer sich bemüht, einen Gastwirt davon zu überzeugen, die AfD nicht in seiner Wirtschaft aufzunehmen, sei gewalttätig.

Kleinlaut vorgetragen, in der Sache ist dies aber skandalös! Schließlich werden hier schlichte Ordnungswidrigkeiten mit schwersten Straftaten bis hin zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit verglichen und aufgewogen. Dies passiert in Webers Redebeitrag in einem Gleichklang, der an Verharmlosung nicht zu überbieten ist.

Die paar Vergleiche, die Weber dann noch über Verfehlungen anderer Parteien zieht: Geschenk!

Ich, für meinen Teil, komme nach Prof. Webers Redebeitrag zu dem Schluss, dass die AfD derart weit rechts steht und dies in ihrer eigenen Weise nach außen trägt, dass

mit dem Ausscheiden der NPD keinesfalls die Nazis das Schweriner Parlament verlassen hätten. Sie sind noch da! Im bürgerlicheren Gewand zwar und um Seriosität bemüht, dafür aber kann nunmehr an der Ausrichtung und den Zielen der Partei kein Zweifel fortbestehen.

Die Debatte indes verläuft zwischen den demokratischen Fraktionen weitestgehend einmütig. Die Parteien distanzieren sich und fordern dies immer wieder auch von den Abgeordneten der Fraktion der AfD. Diese wiederum sitzen mit festen Minen und lassen die Blamage regelrecht über sich ergehen.

Erst zum Ende ergreift der Abgeordnete Hersel das Wort zu einer persönlichen Erklärung, um deutlich zu machen, dass

Leute, die ihn kennen würden schon wüssten, dass er eben hin und wieder mal ein wenig Blödsinn von sich gebe. Damit wäre das bisschen Nazi-Hetze also erklärt und vergeben? Eine konservative Grundüberzüglung mit ideologischen Spielereien am rechten Rand, die keinesfalls je so gemeint wären?

Mir, als Zuhörer, ist das zu offensichtlich. Nach meiner Auffassung haben wir, ganz im Gegenteil, überzeugte Nazis im Gewand einer vermeidlich nur konservativen Partei im Parlament.

Die AfD ist die NPD in blau. Sie ist ultrarechts. Von denjenigen, denen das zu weit geht, wird sie nunmehr reihenweise verlassen. Es gibt daher allen Grund zur Vorsicht, denn derlei Entwicklungen, wie wir sie derzeit in Österreich beobachten, wären für Deutschland und seine Bedeutung in Europa fatal.

Andererseits, denke ich, ist das Dasein und Erstarben der AfD auch eine Chance der übrigen, demokratischen Parteien! Die Wähler des rechten Randes haben nun in mehreren Landtagen bis hin zum Bundestag ihre parlamentarische Vertretung gefunden. Nunmehr können sich die übrigen Fraktionen mit der AfD direkt auseinandersetzen. Sie können ihr sprichwörtlich den Spiegel vorhalten und damit ihre Arbeitsweise entlarven. Sie können ihre Argumente entkräften und damit ihre Ideologie schwächen. Es besteht die wertvolle Chance, den Teil der Wählerschaft der AfD, der für Argumente offen ist, mit eben diesen von einer erneuten solchen Wahl abzubringen und so den sich abzeichnenden europäischen Rechtsruck abzuwenden.

Erst jüngst, in Niedersachsen, könnte man meinen, hat es schon funktioniert. Die AfD fährt am Wahlsonntag lediglich 6,2% ein. Bravo und weiter so!

100 Tage Regierung Schwesig

KiföG-Änderung für neue Erzieherinnen-Ausbildung

Der Fachkräftemangel bei den Erzieherinnen und Erziehern ist längst überall angekommen, es ist höchste Zeit zu handeln. Die Landesregierung hat es versäumt, rechtzeitig entgegenzuwirken. Eine aktualisierte Ausbildungsplatzplanung liegt bis heute nicht vor. Unsere Vorschläge, wie dem Mangel begegnet werden kann, wurden in den Wind geschlagen. Auch die Praxisorientierte Ausbildung (PIA) wird an dem Fachkräftemangel nichts ändern. Die Ausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher muss auch durch ein Entgelt endlich attraktiver werden.

Schulbauprogramm von 110 Millionen

Das Programm kann nur ein Anfang sein, den riesigen Sanierungsstau bei den Schulen aufzulösen. Der tatsächliche Bedarf liegt bei über einer Mrd. Euro. Schulträger brauchen vor allem endlich auch langfristige Sicherheit über ihre Schulstandorte. So lange sie nicht wissen, ob ihre Schulen angesichts der zahlreichen Irrwege in der Bildungspolitik bestehen bleiben, zögern sie auch bei den erforderlichen Sanierungen.

Kommissionsgründung für neues Vergabegesetz

Ein neues Vergabegesetz sollte längst auf dem Tisch liegen. Die Arbeitsgruppe ist eine Beruhigungsspielle und wurde lediglich verabreicht, weil sich die CDU in Sachen

Zahlung von guten Löhnen querstellt und die SPD nicht den Mumm hat, eine sinnvolle Sache einfach mal durchzusetzen. Bereits heute liegt ein modernes Vergabe-



gesetz meiner Fraktion vor, dem man nur zustimmen muss, damit sich was zum Besseren wendet.

10-Mio.-Programm für Digitalisierung

Mehr als Ankündigungen sind nicht bekannt. Im Haushalt für die Jahre 2018 und 2019 sind 1 Mio. Euro festgeschrieben. Alle dürfen gespannt sein, aus welcher Ecke die weitere Null gezaubert wird, wo doch angeblich die Kassen leer sind. Wichtig bei einem solchen Programm wäre, dass kleine Unternehmen sehr unkompliziert bei der Digitalisierung unterstützt werden können, ohne großen bürokrati-

schen Zinnober.

Doppelhaushalt 2018/2019

Wir müssen feststellen: Der vorgelegte Doppelhaushalt versagt an entscheidenden Stellen. Statt zu klotzen, wird geklekert. Aber Geiz ist nicht geil. Geiz ist eine der gefährlichsten Eigenschaften, denn er verhindert Entwicklung. Geiz verhindert Innovation und Fortschritt. Frau Schwesig sollte weniger auf Selbstdarstellung setzen und stattdessen mehr Initiative etwa für gute Löhne und die kostenfreie Kita an den Tag legen.

Förderung von Vorpommern

Demonstrativ wird die Symbolpolitik fortgesetzt, die mit dem extra Staatssekretär und einem Vorpommernfonds begann. Die Einsicht fehlt, dass die Folgen des Abbaus von Infrastruktur und die besondere Situation Vorpommerns bei Arbeitslosigkeit, Armut und Wirtschaftsentwicklung viel zu lange geleugnet wurden. Wir brauchen Taten statt Maskottchen – und das kostet Geld. Die Chance, mit dem Landeshaushalt Pflöcke einzuschlagen, verpasst die Ministerpräsidentin. Aus einem Viertel der Haushaltsreste wird ein Strategiefonds zusammengeschustert, der als Allheilmittel verkauft wird und eine ganze Reihe Mammutaufgaben lösen soll. Diese unsichere, nicht planbare Finanzierung ist unverantwortlich.

www.linksfraktionmv.de

Zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2017 haben Katja Kipping und Bernd Riexinger eine Bilanz gezogen:

27 Jahre nach der staatlichen Herstellung der deutschen Einheit müssen wir konstatieren, dass die Einheit des Landes sozial, wirtschaftlich, kulturell und infolgedessen auch mental, nicht geschafft ist. Dafür ist zuallererst die Politik der Bundesregierungen verantwortlich, die die vom Grundgesetz geforderte Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land immer mehr auf die lange Bank geschoben haben. Wenn heute von 109 Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern in der Bundesregierung ganze vier in den ostdeutschen Ländern geboren wurden, sagt das viel darüber aus, wie weit weg wir von der Vollendung der Einheit sind und wie wenig wichtig dieser Bundesregierung der Osten ist. Der mit der Wende in der DDR erkämpfte und mit der Einheit festgeschriebene Gewinn an Freiheit und Demokratie, die beachtliche Entwicklung von Stadtzentren und Infrastruktur im Osten seit der Herstellung der Einheit können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Aufmerksamkeit für den Osten mit jeder Bundesregierung abgenommen hat, was in der derzeitigen noch

amtierenden Regierung Merkel darin kulminierte, dass sie bei der Rentenangleichung sogar den eigenen Koalitionsvertrag brach. Die Ungleichheit im Vergleich zum Westen zeigt sich in geringeren Löhnen bei längerer Arbeitszeit, höherer Arbeitslosigkeit, geringerer Vermögensbildung und größeren Armutsrisiken für die Menschen im Osten, im bis 2025 niedrigeren Rentenwert Ost, sowie in der Benachteiligung verschiedener Gruppen durch schlechte Rentenüberleitung z. B. die Gruppe der in der DDR geschiedenen Frauen. Das jüngste Beispiel dafür ist die Festschreibung eines niedrigeren Mindestlohns für die in der Pflege Beschäftigten, bis ins Jahr 2020. Generell ist die Arbeitszeit für Ostdeutsche im Jahr fast zwei Wochen länger bei 20 Prozent niedrigerem Einkommen. Das Gefühl der Geringschätzung, des Abgehängt-Seins, des Nicht-Ernst-Genommen-Werdens verfestigt sich, und lässt viel zu viele Menschen im Osten an ihrem Wert für unsere Gesellschaft und am Wert der demokratischen Gesellschaft für sie selbst zweifeln. Der Einheitsprozess braucht einen neuen Schub, der Bestandteil einer sozialen Offensive für alle sein muss. Insbesondere die Regionen jenseits der Entwicklungskerne in Ost

und West brauchen einen starken, handlungsfähigen und handlungswilligen Staat, der mit aktiver Industriepolitik, forciertem Infrastrukturausbau und breiter Arbeitsförderung das Ausbluten ganzer Landstriche stoppt und Perspektiven eröffnet. Die Sicherung der Daseinsvorsorge in diesen Regionen, die im aktuellen Regierungsbericht zum Stand der deutschen Einheit als problematisch bezeichnet wird, muss selbstverständlich sein. DIE LINKE hat als bundesweit agierende Partei anders als die anderen Parteien die Probleme des Ostens nie aus dem Auge verloren und steht konsequent dafür, das im Artikel 72 des Grundgesetzes formulierte politische Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Wirklichkeit werden zu lassen. Wir erneuern unseren Vorschlag, eine „Allianz für Ostdeutschland“ aller Kräfte aus Gesellschaft und Politik zu bilden, um endlich Gerechtigkeit für die Menschen in den neuen Bundesländern zu schaffen. Wir fordern auch die anderen Bundestagsparteien auf, sich dieser Allianz anzuschließen und künftig keine Regelungen, Gesetze, Verordnungen und Absprachen zu treffen, zu beschließen oder auch nur zu unterstützen, die eine Schlechterstellung der Menschen im Osten bedingen.

Eine Reise nach Kopenhagen

Besuch bei Aktivisten der dänischen antifaschistischen Widerstandsbewegung

Am 14. September reiste eine Gruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Rostock nach Kopenhagen um die jahrzehntelange Freundschaft mit den Widerständlern Dänemarks zu erneuern. Frede Klitgaard, der wegen Widerstandes gegen die deutsche Besetzung Dänemarks als Häftling in Dreibergen-Bützow eingekerkert war und nach 1945 Vorsitzender der Widerständler in Dänemark wurde, hatte uns mehrfach mit weiteren Kameraden in Rostock besucht und uns Rostocker unterstützt. Nun, nach seinem Ableben, lernten wir eine Gruppe der Widerstandsbewegung Dänemarks kennen, die in seinem Sinne seine Arbeit fortsetzt. So gibt eine aktive antifaschistische Gruppe weiterhin die antifaschistische Zeitung „Handslag“ heraus und mischt sich aktiv in das politische Geschehen im Kampf gegen Kriegspolitik und für die Abschaffung von Atomwaffen ein. Wir trafen uns mit ihnen im antifaschistischen book-shop, der sich mitten in Kopenhagen befindet. Von dort fuhren wir zu der Gedenkstätte „Mindelunden“ (Gedenkhain). Es handelt sich um eine große von einem Waldstück umgebene Parkanlage, die bereits am 29. August 1945 eingeweiht und in den folgenden Jahren weiter ausgebaut wurde.

Sie erinnert an 3146 Freiheitskämpfer, die im Kampf gegen die Besetzung Dänemarks ihr Leben gaben. Darunter befinden sich 337 Opfer, die in KZ umgekommen oder

an Folgen verstorben sind, 1711 Seeleute und Fischer, die auf Seiten der Alliierten kämpften oder während illegaler Betätigung umgekommen sind. Auch an weitere 4551 infolge des Krieges Umgekommene, wird erinnert.

Mit besonderem Stolz zeigten sie uns ein erst kürzlich, am 29. August 2017 eingeweihtes Denkmal, das an die große Zahl der gefallenen Seeleute und Fischer erinnert. Sie hatten lange darum gekämpft, es realisieren zu können. Erwähnt sei, dass es vor allem Fischer waren, die die Flucht von 6000 bis 7000 dänischen Juden ins Ausland mit Einsatz des eigenen Lebens bewerkstelligten.

Im book-shop, in dem auch die reichhaltige Bibliothek von Frede Klitgaard ihren Platz fand, tauschten wir dann Erfahrungen aus. Regine Lück berichtete über unsere Vorhaben in Rostock und lud die Freunde zum Gegenbesuch ein. Die dänischen Freunde beklagten, dass es nach der Brandstiftung und Vernichtung des Museums „Dänischer Freiheitskampf von 1941 bis 1945“ beim geplanten Neuaufbau Bestrebungen gibt, das ursprüngliche Anliegen, den Widerstand und die Opfer der Besetzungszeit in den Mittelpunkt zu stellen, zu verwässern. Es wurde das Ansinnen abgewehrt, in die Gedenkstätte Gefallene von NATO-Einsätzen aufzunehmen.

Dabei hoffen sie auch auf unsere Unterstützung, wie wir auf die ihre bei der Bekämpfung rechter rassistischer Bestrebungen bei uns zählen. Mit der Versicherung

gegenseitiger Solidarität traten wir die wegen eines größeren Sturmes erschwerte Heimreise nach Rostock an.

Johanna Jawinsky



Wir, die Mitglieder der Gruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Rostock (VVN-BdA) begrüßen das Bestreben, das zerstörte Museum in Kopenhagen neu aufzubauen. Wir hoffen und Wünschen, dass sein Mittelpunkt der Widerstandskampf gegen die deutsche faschistische Aggression bleiben möge.

VVN-BdA Rostock

Regine Lück

Danmarks Mindelungen

Aus der Broschüre über die Gedenkstätte: „Ziehe deine Schuhe von deinen Füßen; denn der Ort darauf du stehst, ist heiliges Land“ mit diesen Worten des Alten Testaments wurde der Mindelund eingeweiht. Für das dänische Volk ist es ein Ort tiefster Verehrung, und wir entblößen unser Haupt, wenn wir ihn betreten. Nicht zufällig wählte man diesen Platz. Hier an dieser Stelle haben die Nazis ihre Opfer hingerichtet und begraben. Hier sammeln sich unsere Gedanken um die Taten jener, die starben, damit wir in Freiheit leben können.

Auf einer Tafel stehen die Worte des Dichter-Pfarrers Kaj Munk, der von den Nazis ermordet wurde:

*„Jungens, ihr Jungen, die ihr starbet,
ihr habt für Dänemark in seiner dunkelsten
Stunde,
ein leuchtendes Morgen entfacht.“*

AUS DEM LANDTAG

Gleicher Mindestlohn reicht nicht – Pflege braucht gute Bedingungen

Zur Ablehnung des Antrags „Gute Arbeit auch in der Pflege“ erklären der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Henning Foerster, und der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Koplin:

Foerster: „Pflegekräfte müssen sich nach dieser Debatte verhöhnt vorkommen. Gestern noch kämpft Sozialministerin Stefanie Drese auf Bundesebene für einen einheitlichen Mindestlohn in der Pflege. Heute verweist der Gesundheitsminister erneut auf Aktivitäten des Bundes. Dabei besteht enormer Handlungsdruck hier im Land. Der Pflegenotstand ist längst da. In den Krankenhäusern, Pflegeheimen und auch in der ambulanten Altenpflege hetzt

das Personal. Es häufen sich die Überlastungsanzeigen. Und mit steigendem Pflegebedarf wird sich diese Situation noch verschärfen, wenn nicht endlich die Rahmenbedingungen verändert werden. Ja, wir brauchen einen bundeseinheitlichen Mindestlohn, aber das ist nur der allererste Schritt. Genauso dringend sind eine Schulgeldbefreiung für alle Pflegeschülerinnen und -schüler, was wir seit Jahren fordern, sowie gute Arbeitsbedingungen in der Pflege. Deshalb dringen wir auf eine ordentliche Personalausstattung. Hier kann die Landesregierung über Mindestpersonalsvorgaben Einfluss neh-

men.“

Koplin: „Kennzeichnend für die jetzige Situation sind die deutlich längeren Krankheitstage in der Pflege. Während in allen anderen Berufsgruppen die Beschäftigten im Durchschnitt 16 Tage pro Jahr krankgeschrieben sind, sind es in der Pflege 24 Tage. Das ist besorgniserregend. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen schlagen wir einen ‚Pflegepakt M-V‘ vor, in dem Vertreter der Landesregierung, die Träger von Einrichtungen, Krankenhäuser und Pflegekassen zusammenwirken. Die Landesregierung muss eine Werbekampagne auf den Weg bringen, Mittel für die Gewinnung zusätzlicher Pflegekräfte bereitstellen sowie weitere Anleiter für deren Ausbildung finanzieren.“



Rotfeder und der Zeitgeist

Europa ist von viel Wasser umgeben und von vielen Flüssen und Kanälen durchzogen. Als kleines rotes Fischlein kann ich mich fast überall hin tummeln. Auch ihr Menschen genießt gerade auch große Freizügigkeit, soweit ihr die körperlichen, technischen und finanziellen Mittel dazu habt. Aber der Zeitgeist steht dem entgegen. Grenzen und Schotten sollen wieder geschlossen werden. Der Trend geht zu Abgrenzungen, Separierungen. Wir leben in einer Zeit, in der wegen Denkfaulheit nach einfachen Lösungen geschrien wird und in der die Lautesten, die sich außer Verachtung, Herabsetzung und Asozialität durch nichts auszeichnen, zu dominieren beginnen. Nationalismus und Rassismus finden immer mehr Zustimmung. In Europa nehmen die Auflösungserscheinungen zu. Die deutsche Kanzlerin konnte sich schon zwölf Jahre an der Spitze halten, obwohl sie weder Prinzipien noch Ziele erkennen lässt. Sie beobachtet und lässt immer wieder erforschen, welche Meinungen gerade die meisten Leute haben. Diese übernimmt sie dann gewöhnlich. Sich aber hauptsächlich am Zeitgeist zu orientieren, verhindert progressive Entwicklungen und fördert die Unwissenheit, Populismus und Lügen. Zu Luthers Leb-

zeiten gehörte der Glaube an die Existenz von Hexen zum Zeitgeist und die meisten Menschen waren überzeugt, dass sich die Sonne um die Erde dreht. Lange war für Europäer Zeitgeist, dass sie das Recht hätten, die Kolonien auszubeuten. Apartheid war lange in vielen Ländern Zeitgeist. Zu unserem Zeitgeist gehört die Verteidigung des Rechts auf Meinungsfreiheit. Dieses Recht schließt allerdings das Recht der Rechten, ungestört Menschenhass zu verbreiten, mit ein. Dieses Recht wird missbraucht, um gegen Menschen zu hetzen, die nicht männlich und biodeutsch sind, und bereitet ein Klima vor, in dem Andersdenkende ausgebuht, körperlich angegriffen, mit Trillerpfeifen und der immer gleichen Verächtlichmachung zum Schweigen gebracht werden. Es haben auch schon wieder Heime gebrannt und jüdische Institutionen müssen besonders geschützt werden. Zum Zeitgeist unseres Staates gehört aber auch, dass Widerstand von Jugendlichen gegen neoliberale Politik wie beim G20 in Hamburg mit aller gegebenen Härte bestraft, und dass linker Widerstand im Zweifel immer härter geahndet wird als rechte Pöbeleien, Straftaten, Schlägereien und Angriffe.

Es ist Zeit, Position zu beziehen. Draußen formieren sich faschistische Bewegungen, mit denen nicht zu reden ist, weil man nicht gegen Schreien anreden kann. Der Zeitgeist ähnelt gefährlich dem von vor 90 Jahren.

Die Situation in Europa beschreibt Robert Menasse kunstvoll und eindringlich in seinem bemerkenswerten Roman „Die Hauptstadt“, der den Deutschen Buchpreis 2017 erhalten hat. Schriftsteller wie Robert Menasse müssten endlich deutlicher Gehör finden und Politiker wieder eine Brücke zu den Intellektuellen schlagen.

Gegen den Zeitgeist müssen wir versuchen, eine Welt zu gestalten, in der die Menschen wider ihre Natur versuchen, miteinander auszukommen und schwächere Mitglieder der Gemeinschaft zu schützen.

Das meint eure Rotfeder



Denkwürdiges aus 800 Jahren Rostock

Bis zum Stadtgeburtstag 2018 wird der KLARTEXT auf einige denkwürdige Personen und Ereignisse aus der Geschichte Rostocks hinweisen. In dieser Ausgabe geht es um die Eisenbahn.

In Rostock wird viel gebaut. Es entstehen an ganz unterschiedlichen Stellen in der Stadt neue moderne und vor allem teure Wohnungen. Es gibt kaum unbebaute Flächen. Deshalb werden jetzt vielfach Wohnhäuser gebaut, wo bisher eine ganz andere Nutzung stattfand. Oft kann man kaum noch erkennen, was dort vorher war.

So geht es auch mit dem Stadtteil Rostocks, wo im 19. Jahrhundert Quelle und Ausgangspunkt der Modernisierung war, wo das Gaswerk und das Elektrizitätswerk waren, nämlich in der Umgebung des Friedrich-Franz-Bahnhofs. Das Bahnhofsareal zwischen Ernst-Barlach- und Talstraße wurde mit modernen Stadthäusern bebaut und ist ein zentrumsnahes Wohnviertel geworden. Die Straßennamen *Bahnhofstraße*, *Am Güterbahnhof* und *Beim Lokschnuppen* erinnern noch an den einstigen Bahnhof.

1848 erhielt die Stadt Wismar einen schnellen Anschluss an das entstehende

deutsche Eisenbahnnetz mit der Strecke nach Schwerin. Rostock folgte zwei Jahre später mit einer Zweigstrecke über Bützow nach Bad Kleinen. Der am Rande der Altstadt liegende Friedrich-Franz-Bahnhof war der erste Bahnhof der Hansestadt Rostock. Er wurde 1850 mit dem Bau dieser Bahnstrecke aus Bad Kleinen so nahe wie möglich am Stadtkern angelegt und ging 1853 in Betrieb. Zu Ehren des mecklenburgischen Großherzogs Friedrich Franz II. wurde er *Friedrich-Franz-Bahnhof* genannt. Im gleichen Jahr wurde auch die Güterstrecke in den Stadthafen eröffnet. In der Folge entstanden ein Stückgutboden auf der Westseite der Gleise südlich des Empfangsgebäudes, eine Ladestraße auf der Ostseite der Gleise und ein Bahnbetriebswerk mit einem 8-ständigen Ringlokschnuppen. Erst 30 Jahre später, in den 1880er Jahren begann der Bau von Nebenbahnen, so auch zwischen Wismar und Rostock.

Am 10. Juni 1883 wurde die *Eisenbahn- und Dampfschiffs-Actien-Gesellschaft Deutsch-Nordischer Lloyd* mit Sitz in Rostock gegründet. Ihr Ziel war es, die kürzeste Verbindung Berlin-Kopenhagen mittels einer Eisenbahn von der Residenzstadt

Neustrelitz des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz über Rostock zum Hafenplatz Warnemünde herzustellen. Nach nur zweijähriger Bauzeit wurde 1886 die 113 km lange Strecke von Neustrelitz über Waren und Plaaz bis Rostock eröffnet. Der neu gebaute *Lloyd-Bahnhof* in Rostock nahm nach und nach den gesamten Rostocker Bahnverkehr auf und wurde 1896 zum Hauptbahnhof der Stadt. Zusammen mit der Eisenbahnfähre verkürzte sich die Reisezeit zwischen Berlin und Kopenhagen von etwa 17 auf 12 Stunden. 1889 nahm die Lloydbahn eine Hafenbahn vom Lloydbahnhof zum Rostocker Stadthafen in Betrieb.

Mit dem Bau des heutigen Hauptbahnhofs verlor der Friedrich-Franz-Bahnhof an Bedeutung. 1905 wurde der Personenverkehr eingestellt, seitdem blieb er bis 1996 als Rostock Güterbahnhof in Betrieb. Anfang der 2000er Jahre wurden die Bahnanlagen abgebaut. Im Empfangsgebäude des Bahnhofs wurde 2009 eine Seniorenresidenz eröffnet. Der unter Denkmalschutz stehende Güterboden wurde parzelliert und zu Wohnungen ausgebaut. Die Denkmalbehörde sorgte auch dafür, dass der Lokschnuppen erhalten blieb.

Wolfgang Bergt

Hasta siempre, Comandante Che Guevara

Zum 50. Todestag von Ernesto Che Guevara gedenken Menschen weltweit des kubanisch-argentinischen Revolutionärs – und das zu Recht. Guevara war und ist eine Inspiration, sich gegen ungerechte Verhältnisse aufzulehnen. Kompromisslos und daher durchaus auch gegen die vordergründige Vernunft. Die Aussage „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!“ wird ihm zugeschrieben. Von Herbert Macuse umgewandelt wurde sie zu einer der Losungen der Studierendenbewegung 1968: „Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche!“

Ernesto Guevara, der wegen seiner argentinischen Herkunft den Beinamen Che (Freund) verliehen bekam, versuchte das Unmögliche. Zunächst in Kuba, wo es den Revolutionären unter Fidel Castro nach nur drei Jahren gelang, die von den USA und ihren Verbündeten wie der Bundesrepublik gestützte Batista-Diktatur zu stürzen. Wenige Wochen, nachdem Batista in Westdeutschland das Großkreuz des Bundesverdienstkreuzes verliehen bekam, wurde Guevara in Kuba im September 1957 zum Comandante mit Befehlsgewalt über eine eigene Kolonne, die Guerilla ging zur landesweiten Offensive über, die letztlich zur Befreiung von Kuba führen sollte. Erfolgrlos blieben die Missionen im Kongo 1965 und in Bolivien, wo Che Guevara vor 50 Jahren – wie man inzwischen weiß – auf Initiative der CIA ermordet wurde.

Ein Mythos und ein Vorbild

Ernesto Guevara, der Che, bleibt aber nicht nur wegen seines Wirkens als Guerillero ein Mythos, der Mensch Guevara dient als Vorbild. Er war kein Politikader, sondern verstand durch eigene Erfahrung die Notwendigkeit, die herrschenden Verhältnisse zu verändern. Ab 1950 lernte er bei Reisen die Armut in Argentinien kennen, später dann in Chile, Kolumbien, Peru und Venezuela. In Peru lernte er den Kommunisten und Arzt Hugo Pesce kennen, der in einer Leprastation arbeitet. 1954 erlebt er in Guatemala den CIA-Putsch gegen die linke und demokratisch gewählte Regierung von Präsident Jacobo Árbenz in Guatemala. Er gelangt nach Mexiko und lernt dort zunächst Raúl und Fidel Castro kennen. Die Reisen waren für ihn wie ein zweites Studium neben seiner Medizinausbildung 1948-1953.

Der Blick auf Ernesto Che Guevara lohnt sich heute auch, weil er die globalen Verhältnisse erkennbar macht. Während sich Journalisten und Autoren in den Industriestaaten und Vertreter der lateinamerikanischen Oligarchie an dem Revolutionär abarbeiten, wird er vor allem in Lateinamerika von der verarmten Bevölkerungsmehrheit verehrt. Und nicht nur dort: Bei der Verleihung der „Oscars“ in Hollywood würdigten Antonio Banderas und Carlos Santana den Revolutionär, sein Konterfei ist im palästinensischen Flüchtlingslager Dheisheh im Gazastreifen ebenso zu sehen wie

bei Demonstrationen für Abrüstung – oder zuletzt bei den Protesten gegen die G20 in Hamburg.

»Man kann ihn nicht entmystifizieren«

Vor allem Lateinamerika gedenkt Ernesto Che Guevara heute. Boliviens Präsident Evo Morales ließ fünftägige Staatsfeiern ausrichten, die heute in der Stadt Vallegrande ihren Höhepunkt haben, wo die Überreste Guevaras mehr als 30 Jahre verscharrt waren, bevor sie 1997 in das Mausoleum in Santa Clara verbracht wurden. Dort fand am gestrigen Sonntag bereits die zentrale Gedenkveranstaltung statt, bei der Miguel Díaz-Canel Bermúdez, der Erste Vizepräsident des Landes, sprach: „Che ist heute eine moralische Referenz für viele Personen auf diesem Planeten, vor allem aber für die Jugend.“ Zugleich werden konservative Kräfte und Gegner der Kubanischen Revolution nicht müde, Ernesto Che Guevara „entzaubern“ zu wollen. Die Ironie der Artikel und Bücher der Kuba-Gegner liegt darin, dass sie mit jedem Beitrag den Mythos nähren. Oder, wie Ernesto Guevaras jüngerer Bruder Juan Martín Guevara unlängst während eines Deutschland-Besuchs im ZDF sagte: „Ich glaube, man kann ihn nicht entmystifizieren, denn der Mythos ist aus der Gesellschaft heraus geschaffen worden.“

Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Gemeinsam zu Hause in Lütten Klein

In Lütten Klein leben 1 129 Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund, das sind 6,6 % der Bevölkerung des Stadtteiles. Sie haben eine wichtige Ansprechpartnerin in Frau Huth von INVIA und ihren 15 ehrenamtlichen Helferinnen. So z.B. geben die ehemaligen Lehrerinnen Frau Molle und Frau Zeitel Nachhilfe in Mathe und Deutsch. Andere helfen bei Behördengängen, beim Erlernen der deutschen Sprache und bei der Lösung von Problemen, wie bei der Suche nach Arbeit oder einem Kitaplatz. Einige Frauen lehrten sie das Fahrradfahren und gemeinsam geht es auf kleine Touren. Ein wichtiger Ort der Begegnung ist das „Rote Haus“ – unser Mehrgenerationenhaus. Dort kann man täglich Integration hautnah erleben und mitgestalten. Im „Roten Haus“ erlebt: Von der Flüchtlingsfamilie, die ich betreue, wurde ich eingeladen. Wir unterhielten uns im Garten über Alltagsprobleme, die Kinder spielten. Zum gemeinsamen Kochen schleppten die

Frauen Lebensmittel heran. Dann wurde geschnitzelt und gebrodelt. Anders als in unserer Küche wurden viele verschiedene Bohnen beigegeben. Dann saßen alle: die afghanischen, syrischen und iranischen Familien mit ihren deutschen Freundinnen am gemeinsamen Mittagstisch.



Die Familien lassen sich aber nicht nur von uns helfen, sondern helfen sich auch gegenseitig. Für Persisch gibt es nur wenige Dolmetscher. Da helfen diejenigen, die seit ihrem Aufenthalt schon viel gelernt haben,

den Anderen, z.B. bei Arztbesuchen oder sogar beim Unterrichten der Kinder. Bei den Begegnungen kommen auch Probleme zur Sprache. Eine Frau berichtete, dass nur sie, ihr Mann und die beiden Kinder es bis nach Deutschland geschafft haben. Von der Odyssee, die sie dabei erlebten, sei nur das Überqueren eines Flusses genannt. Sie hatte ihr Kind auf dem Arm und wäre fast ertrunken, wenn nicht ihr Mann alle Habseligkeiten weggeworfen hätte, um sie zu retten. Der Vater des Mannes musste im Iran zurückbleiben. Die Mutter der jungen Frau befindet sich in der Türkei. Ihr geht es gesundheitlich sehr schlecht. So wirkt der verbotene Familiennachzug! Die Familie, die selbst wenig Geld hat, versucht zu helfen. Deshalb möchte der Familienvater gern arbeiten und Geld verdienen. Das ist bisher an unserer deutschen Bürokratie gescheitert.

Mein Appell an alle: Helft unseren neuen Bewohnern im „kalten“ Deutschland zurechtzukommen. Ein freundliches Wort ist da schon hilfreich. *Johanna Jawinsky*

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
1.11. und 15.11.	19:30 Uhr	RLS: Lese- und Diskussionskreis "Das Leben ist schön. Oder? Alltag in der Marktwirtschaft"	Rostock	Ulmenstr. 69, Haus 3, Raum 228
4.-7.11.		Peter-Weiss-Woche	Rostock	
So., 5.11.	19:00 Uhr	RLS: Film "Der wahre Oktober" (siehe unten)	Rostock	Peter-Weiss-Haus
Di., 7.11.	18:30 Uhr	RLS: "Sozialpolitisches Denken in Lateinamerika im 20. Jahrhundert", mit Prof. Werner Pade u.a.	Rostock	Waldemar Hof, Waldemarstr. 33, Seminarraum
Mi., 8.11.	17:30 Uhr	Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR"	Rostock	Ortsamt Reutershagen
Do., 9.11.	18:30 Uhr	Sitzung HRO-Kreisvorstand	Rostock	Geschäftsstelle
Do., 9.11.	18:30 Uhr	Sitzung Kreistagsfraktion	Güstrow	Kreisverwaltung Raum 3001
Fr., 10.11.	18:00 Uhr	Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR"	Rostock-Lütten Kl.	Mehrgenerationenh. Danziger Straße 45d
Sa., 11.11.	10:00 Uhr	RotFuchs: Buchvorstellung Henning Schleiff	Rostock	Maxim-Gorki-Str. 52
Mo., 13.11.	19:00 Uhr	RLS: "Armut heute - Armut im Reichtum" Ein Gespräch über Armut in M-V und der Welt	Rostock-Toitenw.	SBZ Olof-Palme-Str. 26
Mi., 15.11.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Güstrow	"El Dorado" Schwaaner Str.
Sa./So. 18./19.11.		Landesparteitag: Neuwahl des Landesvorstandes	Neubrand.	
Sa., 25.11.	09:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung LRO	Güstrow	"El Dorado" Schwaaner Str./Ecke St. Jürgensweg
Do., 30.11.	18:30 Uhr	Sitzung Kreistagsfraktion	Kröpelin	Mühle
Mo., 11.12.	18:00 Uhr	Bildungsveranstaltung zum Finanzausgleichsgesetz, mit Angelika Gramkow	Güstrow	Bürgerhaus
Mi., 13.12.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Kritzkow	"Strike"

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1917 - DER WAHRE OKTOBER ist eine filmkünstlerische Neuerzählung der Russischen Revolution. Basierend auf Recherchen in teils bisher unbekanntem Quellmaterial, in Tagebüchern, Berichten und literarischen Werken ihrer Trickfilm-Protagonisten - Künstler wie Maxim Gorki und Kasimir Malewitsch - unternimmt die zweifache Grimme-Preisträgerin Katrin Rothe eine multiperspektivische Befragung dessen, was heute weithin als „Die Oktoberrevolution“ bekannt ist. Ein Novum: die russische Revolution mal nur aus der Sicht beteiligter Künstler.

Was geschah in Sankt Petersburg, damals Petrograd, in der Zeit zwischen den Aufständen im Februar, die den Zaren zur Abdankung zwangen, und der Machtübernahme der Bolschewisten im Oktober? In dieser Phase der Provisorischen Regierung, einer Doppelherrschaft des Parlaments Duma sowie den Arbeiter- und Soldatenräten, den Sowjets, versank Russland in Chaos und Anarchie. Mitten im fortwährenden Weltkrieg verblieb es ohne verbindliche Verfassung. Woran lag es, dass keine bürgerlich-parlamentarische Demokratie gebildet wurde? Wie veränderte die Rückkehr Lenins und Trotzki die Lage im Frühjahr? Auf welchen Seiten stand wann und wofür wie viel Militär oder anderweitige Waffengewalt?

Erstmals beleuchtet 1917 - DER WAHRE OKTOBER das historische Sujet anhand entsprechender Künstlerbiografien - und verhandelt somit zugleich übergeordnete, zeitlos relevante kulturgeschichtliche und

-theoretische Aspekte: Welche Rolle spielen Kunst und Künstler, welche können sie spielen in Umbrüchen, Aufbrüchen, Umwälzungen bestehender Gesellschaftssysteme? Wo und wie treiben sie, mit ihren Gestaltungen, Ideen, Visionen, aber auch erklärend, propagierend, zweifelnd, selbst die Ereignisse voran? Setzen sie sich für den Erhalt kulturellen und künstlerischen Erbes ein? Oder für Erneuerungsprozesse durch Zerschlagung des Alten? Was sind dabei ihre Spielräume? Wie steht es um die Kunst, wenn das blanke Leben in Gefahr ist? In welchen Verhältnissen standen und stehen Künstler zu politischen Gefügen, zu Staats- und Finanzmächtigen? Kann Kunst je tatsächlich demokratisch sein? Ist künstlerische Autonomie oder kollektive Selbstverwaltung möglich? Wie? Im Film beantwortet das Handeln und Denken der Protagonisten diese Fragen unterschiedlich. Jeder der Künstler nimmt anders wahr was geschieht, verarbeitet es individuell in seinen Reflexionen und Werken, im Alltag und politischen Einsatz, und gibt es dadurch in sein Umfeld zurück, wo es weiterwirkt. Im Konkreten des russischen Revolutionsjahrs zeigt sich Kulturgeschichte exemplarisch als eine Summe von historischen Umständen, Ereignissen und persönlichen Schicksalen.

Katrin Rothe, Regisseurin dieses Films ist zweifache Grimme-Preisträgerin. Wir freuen uns auf ihr Kommen und ein Gespräch mit ihr.

Eine gemeinsame Veranstaltung der RLS MV mit Soziale Bildung im Rahmen der Peter-Weiss-Woche. So., 5.11., ab 19 Uhr im Peter-Weiss-Haus (Doberaner Str. 21)

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Bewegungsmuster
(von Janina Niemann-Rich)

mit beiden Beinen im Leben stehen
heißt auch: vorwärtszugehen

Denken (von Janina Niemann-Rich)

wenn du wählst
hast du Verantwortung
sie übernimmst
eine Bestimmung
es erkennst
lebst du

Gesicht der FDP (von Jürgen Riedel)

sein Ausdruck glitschig
von Arroganz gebläht
wie Schallblasen auf Tümpeln
vollmundig Gequacke
über Freiheit und Demokratie
entlarvender froshängiger Blick

Aus dem Landtag

Mehr Wohnungen für Studenten – Druck vom Wohnungsmarkt nehmen

Zur Ablehnung des Antrags „Studentisches Wohnen erleichtern – Wohnheimplätze schaffen“ erklären die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Eva-Maria Kröger, und der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion, Karsten Kolbe:

Kröger: „Es ist unverantwortlich, dass die Landesregierung nichts unternehmen will, die Misere auf dem Wohnungsmarkt für Studierende zu beseitigen. Diese müssen inzwischen häufig über ihre finanziellen Belastungsgrenzen hinausgehen, um ihre Miete bezahlen zu können. Das gilt auch für Rostock und Greifswald. Seit 2010 sind die Mieten gerade in hochschulnahen Lagen um bis zu 70 Prozent gestiegen. Dieser Trend muss gestoppt werden. Nach Angaben des Deutschen Studentenwer-

kes (DSW) fehlen bei einer empfohlenen Unterbringungsquote von mindestens 15 Prozent in M-V über 1000 Wohnheimplätze – besonders in Rostock und Greifswald. Hier muss mit mehr Plätzen gegengesteuert werden, auch um den Druck auf den Wohnungsmarkt in Innenstadtlagen insgesamt zu senken.“

Kolbe: „Die Landesregierung lässt die Studierenden im Regen stehen. Vor dem Hintergrund der heute angekündigten Mehranstrengungen bei der Internationalisierung



der Hochschulen ist dies zynisch. Gerade dabei ist eine ausreichende Zahl von zusätzlichen Wohnheimplätzen ein Schlüssel zum Erfolg. Für ausländische Studierende sind die Wohnheime oft der erste Anlaufpunkt auf der Suche nach Wohnraum.“

Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt: Kröpeliner Tor



Gewinner: ICAN. Die Atomwaffengegner haben den Preis verdient. Der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland wäre ein erster Schritt.

Verlierer: Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern. Ihr laufen die Politiker in Größenordnungen davon. Und nur einer will partout nicht gehen: Holger Arppe. Da kann man fast Mitleid bekommen, aber nein, doch lieber nicht.

Monatszitat

„Nehmt Euch alle als Personen nicht so wichtig, sondern bringt Eure Kräfte ein. (...) Schluss mit Kindergarten.“ Petra Pau über den Streit in der Bundestagsfraktion

Monatszahl

Reisen mit der Bahn wird mal wieder teurer. Was die Bahn „moderat“ nennt, sieht gleich ganz anders aus, wenn der Zeithorizont etwas weiter gestellt wird: „Über die letzten 14 Jahre sind die Preise zusammengenommen um fast 50 Prozent angestiegen“, sagt Sabine Leidig, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Eine notwendige Verkehrswende lässt sich so nicht erreichen. Die Bahn muss endlich wieder ein nachvollziehbares Preissystem mit niedrigeren Normaltarifen einführen, fordert Sabine Leidig.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo findet der Landesparteitag im November statt?
2. Wohin reiste eine Delegation der Rostocker VVN/BdA?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.12.2017